Drill und Schikane, um die Soldaten fertigzumachen Seite 8

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 4, vom 28. Januar 1977 11. Jahrgang 50 Pfennig

'Radikale' Töne der IGM-Bonzen sind Betrug

Lohnraubabschluss ist längst geplant!

In der vergangenen Woche verstärkte sich das Bild von einer „zunehmend verhärteten Front zwischen den Tarifpartnern" in der Metallindustrie. In fast allen Tarifbezirken haben die Vertreter des IGM-Apparates inzwischen das „Scheitern" der Verhandlungen erklärt. Der zweite Vorsitzende der IGM, Mayr, erklärte, falls die IGM in der Schlichtung keinen akzeptablen Einigungsvorschlag erhalten sollte, „rückt die Stunde eines Streiks immer näher". Die Vertreter von „Gesamtmetall" konterten mit der unverschämten Drohung, im Falle eines Streiks würden sie zum Mittel der Aussperrung greifen. Um das Bild scharfer Zusammenstöße zwischen Kapital und Gewerkschaftsapparat noch zu verstärken, schaltete sich der Vorsitzende der Druckergewerkschaft, Mahlein, ein — mit seinem „spektakulären" Ausspruch vom Solidaritätsstreik der Drucker im Falle einer Aussperrung.

Spektakulär ist dieser Ausspruch allerdings, nur auf dem Hintergrund dessen, daß die DGB-Gewerkschaften keine Kampforganisation der Arbeiter, sondern Werkzeuge der Kapitalisten zur „Aufrechterhaltung der Ordnung" sind. Wäre der DGB eine Kampforganisation im Dienst der Arbeiterklasse, dann wäre es doch selbstverständlich, daß man sich gegenseitig mit Solidaritätsstreiks unterstützt. In Wahrheit ist aber der ganze Schlachtenlärm, den die Gewerkschaftsbonzen einschließlich des besonders „radikal" auftrumpfenden Mahlein ertönen lassen, nur ein Täuschungsmanöver, das dazu dienen soll, das Mißtrauen der Arbeiter und kleinen Angestellten gegenüber dem reaktionären Gewerkschaftsapparat einzuschläfern. Das Kampfgeschrei soll verhindern, daß es tatsächlich zu Kämpfen in den Betrieben gegen den geplanten Lohnraub und für eine echte Lohnerhöhung kommt.

Die bürgerliche Propaganda will dem Arbeiter vortäuschen, die Kampffront verlaufe zwischen den Unternehmern und den Gewerkschaften. Aber in Wahrheit verläuft die Frontlinie auch in dieser Tarifrunde zwischen den Massen der Arbeiter und kleinen Angestellten einerseits und den Kapitalisten sowie dem arbeiterfeindlichen Gewerkschaftsapparat samt allen Arbeiterverrätern, die ihn als „unsere Organisation" verkaufen wollen, andererseits. Zwischen diesen beiden Seiten besteht ein unversöhnlicher Gegensatz: der Klassengegensatz zwischen Ausgebeuteten und Unterdrückten und auf der Gegenseite den Ausbeutern und Unterdrückern sowie ihren Handlangern. Und dieser Gegensatz hat sich allerdings wirklich verschärft.

Die Kapitalisten greifen unsere Reallöhne an. Sie wollen mit allen Mitteln die Ausbeutung verschärfen, um so ihre Profite steigern zu können. Deshalb wird ihre Hetze gegen unsere gerechte Forderung nach einer wirklichen Erhöhung der Reallöhne immer unverschämter und hemmungsloser. Der Vorsitzende von „Gesamtmetall", Knapp, erlaubte sich sogar die bodenlos unverfrorene Äußerung, die „Arbeitnehmer" wollten „absahnen".

Der Gewerkschaftsapparat der DGB-Gewerkschaften hat dabei die Aufgabe, das Kapital bei seinen Angriffen gegen die Arbeiterschaft zu unterstützen und den Widerstand dagegen abzuwiegeln und zu unterdrücken. Allerdings wird das für die Herren „Arbeitnehmervertreter" immer schwieriger. Denn zum einen wächst in den Betrieben der Haß gegen die Kapitalisten und die Entschlossenheit, die Angriffe auf unsere Lebenslage mit Kampfmaßnahmen zu beantworten und sich gegen den Kapitalismus zu erheben. Zum anderen schwinden auch die Illusionen darüber, welche Rolle die Bonzen und ihr Gewerkschaftsapparat

Fortsetzung auf S. 4, Spalte 3

7000 demonstrieren gegen KKW Brokdorf



Am letzten Sonnabend fand in Hamburg eine Demonstration der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe gegen die geplanten Kernkraftwerke statt, an der sich 7.000 Menschen beteiligten. Die KPD/ML nahm als Block an der Demonstration teil. Nach der Abschlußkundgebung griffen Polizeieinheiten unter Vorwänden die Demonstranten brutal an und verwandelten die Mönckebergstraße in ein Schlachtfeld (Seite 6).

Giftgasunfall bei Prym

Der Zufall verhinderte eine Katastrophe

Am Donnerstag, gegen 10.30 Uhr, kommt es auf dem Gelände der Firma Prym zu einem folgenschweren Unfall. Schwefelsäure wurde versehentlich in einen Salpetersäuretank abgefüllt. Die Folge: eine gelblich-braune Giftgaswolke, die eine Länge von 6 Kilometern erreicht und über das Stadtgebiet abtreibt. Später zieht sie über Helnsberg nach Holland. Die Giftgaswolke besteht aus nitrosen Gasen, die krebserzeugend sind und beim Einatmen zu schweren Lungenschädigungen, ja zum Tode führen können.

Am Tage darauf meldete die „Bild"-Zeitung „Katastrophenalarm". Es würden 2 000 Stolberger, 800 Arbeiter und 1 200 Schulkinder, evakuiert. Pryms Sicherheitsingenieur Nehrlich verhindert Katastrophe. Und „Bild" kennt auch die Schuldigen: zwei Arbeiter. Was aber geschah wirklich?

Inzwischen wurde bekannt, daß die beiden Säurebehälter unstatthaft durch ein Ventil miteinander verbunden waren. Es liegt auf der Hand, daß damit einem solchen Unfall, wie er jetzt passiert ist, Tür und Tor geöffnet werden. Da das Ventil versehentlich geöffnet war, vermischten sich beide Säuren — und es entstand die Giftgaswolke.

Auch die Evakuierung, von der „Bild" spricht, ist erlogen. Bei Prym wurde eine angesetzte Betriebsversammlung verschoben und die Kollegen wieder an die Arbeit geschickt. Lediglich die direkt gefährdeten Abteilungen haben nicht gearbeitet. Bei der Waschmittelfabrik Dalli wurden Fenster und Türen dicht gemacht und auch weitergearbeitet. Weil bei Dalli weitergearbeitet wurde, mußten 30 junge Kolleginnen ins Krankenhaus geschafft werden. Sieben von ihnen sind jetzt noch in stationärer Behandlung. Aus beiden Betrieben wurden ca. 60 Kollegen zum Krankenhaus gebracht.

Die Kollegen von der Bleihütte haben von dem Unfall überhaupt erst nach Feierabend erfahren. Auch wurde kein besonders gefährdeter Stadtteil evakuiert oder die Bevölkerung über die Gefahren und Vorbeugemaßnahmen aufgeklärt. Vom Donnerberg wurden drei schwerverletzte Personen ins Krankenhaus zur stationären Behandlung eingewiesen. Die Polizei sperrte nur den Verkehr auf den Wegen nach Stolberg. Ansonsten war die Bevölkerung Stolbergs ihrem Schicksal überlassen.

Fortsetzung auf S. 4, Spalte 3

Große öffentliche Abschlußveranstaltung zum III. Parteitag der KPD/ML

Auf Einladung des Zentralkomitees der KPD/ML werden an der Veranstaltung eine

Delegation der Partei der Arbeit Albaniens unter Leitung des Genossen Foto Çami, Mitglied des Zentralkomitees der PAA

sowie Delegationen anderer marxistisch-leninistischer Parteien teilnehmen.

Aus dem Programm der Veranstaltung:

Rede des Genossen Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML

Grußbotschaften der Delegationen der Bruderparteien

Stücke und Lieder, vorgetragen von den Agit-Prop-Trupps der KPD/ML

Samstag, 5. Februar 1977, 10 Uhr Ludwigshafen, Friedrich-Ebert-Halle

AUS DEM INHALT

Alle Parteien einig

Aufrüstung gegen die Werktätigen

In der vergangenen Woche ist im Bundestag die Debatte über die Regierungserklärung abgehalten worden. Es war auch diesmal wieder der übliche Schaukampf zwischen den verschiedenen Parteien. Einig waren sich allerdings alle, die da von Bundeskanzler Schmidt bis zu CDU-Chef Kohl aufgetreten sind, dabei, die Lasten der Krise noch mehr als bisher auf die Werktätigen abzuwälzen, die aggressive und expansionistische Politik der westdeutschen Imperialisten weiter voranzutreiben und die Unterdrückung des Volkes zu verstärken. Wenn sie sich tatsächlich uneinig waren, dann nur darin, wie, mit welchen Mitteln und auf welchen Wegen all das am besten verwirklicht werden könnte.

Die volksfeindliche, gegen die Interessen der Werktätigen gerichtete Politik aller im Bundestag vertretenen Parteien wurde ganz besonders im letzten Teil der Debatte, als es um das Thema „innere Sicherheit" ging, deutlich.

Schon in seiner Regierungserklärung hatte Bundeskanzler Schmidt getobt: „Jeder hat das Recht zu demonstrieren, aber keiner hat das Recht zu demolieren." Das ist eine klare Sprache. Solange die Kämpfe der Werktätigen unter der Führung des arbeiterfeindlichen DGB-Apparates, der modernen Revisionisten der D„K"P und anderer Verräter stehen, solange sie sich in einem für die Kapitalisten ungefährlichen Rahmen halten, solange hat jeder das „Recht" zu demonstrieren.

Wenn die Werktätigen aber, wie in Brokdorf und anderswo, entschlossen sich für die Verteidigung ihrer Lebensinteressen kämpfen und den Terror und die Gewalt der Polizei nicht mehr kampflos hinnehmen, sondern ebenfalls mit Gewalt beantworten, wenn sie den Predigten der Klassenversöhnung keinen Glauben mehr schenken, dann antwortet der kapitalistische Staat mit brutaler Gewalt und mit offenem Terror. Nachdem in den vergangenen Jahren, angefangen vom Paragraphen 88a bis hin zu den Notstandsgesetzen, die entsprechenden Gesetze für die Unterdrückung des revolutionären Kampfes geschaffen worden sind, ging es in der Debatte jetzt darum, die Polizei und den Bundesgrenzschutz noch mehr gegen die Werktätigen aufzurüsten und ihren Einsatz gegen die kämpfenden Massen zu verbessert.

„Gewalttätige Demonstrationen", so der CDU-Abgeordnete Dregger, „in Frankfurt und auch in Brokdorf haben Mängel der Polizei deutlich gemacht, die auf unzureichender Ausbildung für derartige Einsätze beruhen." Ganz offen bedauerte er, keine „voll einsatzbereiten kasernierten Polizeitruppen wie früher in Preußen" zur Verfügung zu haben und machte Propaganda für die weitere verstärkte militärische Aufrüstung der Polizei gegen das Volk: „Maschinenpistolen oder gar Handgranaten und leichte Maschinengewehre werden mit gespielter oder echter Entrüstung abgelehnt."

Der Bundesregierung hatte Dregger damit offensichtlich aus der Seele gesprochen. Als Polizeiminister Maihofer ans Rednerpult eilte, um ihm zu antworten, versicherte er sogleich, daß die Regierung in der Vergangenheit alles getan habe, um die Polizei und den Bundesgrenzschutz bestens auszurüsten und zu trainieren und das dies auch das Programm in der Zukunft sei.

Maihofer sparte nicht mit demagogischen Phrasen über den „notwendigen Schutz der Freiheit" und die „Schwierigkeit, die Grenze der Freiheit nicht durch polizeistaatliche Maßnahmen zu überschreiten". Das ist aber nur eine betrügerische Propaganda, die darauf berechnet ist, die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen über den wirklichen Charakter des kapitalistischen Staates hinwegzutäuschen und Illusionen über die bürgerliche Demokratie zu verbreiten. Der bürgerliche Staat schützt und verteidigt die Interessen der Kapitalisten gegen die werktätigen Massen. Die „Freiheit", von der Maihofer gesprochen hat, ist in Wirklichkeit nichts anderes als die Freiheit der Kapitalisten, die Werktätigen auszubeuten und auszuplündern und die „innere Sicherheit nichts anderes, als der Schutz der kapitalistischen Ausbeuterordnung vor den Kämpfen der ausgebeuteten und unterdrückten Massen.

Wie in Brokdorf wird die Bourgeoisie jederzeit versuchen, die Kämpfe der Werktätigen mit Gewalt und Terror niederzuschlagen. Wenn sie ihre Ausbeuterherrschaft nicht mehr anders aufrechterhalten kann, wird sie unbedenklich den Versuch machen, erneut eine faschistische Diktatur zu errichten. Jede Illusion über die „bürgerliche Demokratie" und den kapitalistischen Staat sind daher gefährlich.

Im Kampf gegen die Ausbeutung und Unterdrückung, gegen die Bedrohung der Lebensinteressen der Werktätigen durch die Bourgeoisie, ist die revolutionäre Gewalt notwendig und richtig. Nur auf diesem Weg, durch die gewaltsame sozialistische Revolution, kann auch die Herrschaft der Bourgeoisie endgültig beseitigt werden und eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrükkung der werktätigen Massen errichtet werden.

Abkommen EG - arabische Staaten

Neokolonialistische Verträge

Am 18. Januar sind in Brüssel Abkommen zwischen Ägypten, Syrien und Jordanien einerseits und der EG andererseits unterzeichnet worden. Diese Abkommen richten sich gegen die arabischen Völker. Sie sind Bestandteil der fieberhaften neokolonialistischen Bemühungen der EG.

Bei den jetzt unterzeichneten Verträgen handelt es sich um wirtschaftliche „Kooperationsabkommen", in denen vor allem die „Zusammenarbeit zur Erschließung und Entwicklung der Volkswirtschaften dieser Länder" geregelt wird, wie die bürgerliche Presse hervorhebt. Mit anderen Worten also: die kapitalistischen Trusts und Konzerne der Mitgliedsländer der EG sichern sich mit diesen Verträgen das Recht, verstärkt nach Ägypten, Syrien und Jordanien einzudringen und ihren Anteil an der Ausbeutung und Ausplünderung der werktätigen Massen zu erhöhen. In ihrer Gier nach Höchstprofiten, um Einflußbereiche und Absatzmärkte zu erobern, ihre alten Kolonialmärkte zu erhalten bzw. wiederzugewinnen, rivalisieren die Mitglieder der EG mit den Supermächten. Ihre Ziele sind daher auch wesentlich weiter gesteckt, als Verträge mit einzelnen Länder abzuschließen.

Hinter diesen Verträgen steckt eine globale Strategie. Das wird sofort deutlich, wenn man sich die neokolonialistischen Bemühungen der EG im vergangenen Jahr anschaut und die für den Anfang dieses Jahres geplanten Aktivitäten betrachtet. Bekanntlich ist am 1. April 1976 das Abkommen von Lome in Kraft getreten, das 46 Länder Afrikas, der Karibik und des Pazifik mit den Monopolen der EG verbindet. Ebenfalls 1976 wurde das Abkommen zwischen der EG und Marokko, Algerien und Tunesien abgeschlossen, in dem die Investitionen, der Handel und der Austausch von Arbeitskräften geregelt werden. Und schließlich ist für die Zeit vom 10. bis zum 12. Februar eine Botschafterkonferenz im Rahmen des „europäisch-arabischen Dialogs" vorgesehen. Hauptthema dieser Konferenz: der Schutz der Investitionen der EG-Monopole in den arabischen Ländern. Die westeuropäischen Monopole haben Grund zur Zufriedenheit. Sie sichern sich nicht nur erhöhte Anteile an der Ausplünderung und Ausbeutung der betreffenden Länder, sondern auch die Einfuhr billiger Rohstoffe. In erster Linie geht es dabei um das Erdöl, aber auch um Phosphate und landwirtschaftliche Produkte. Die Abkommen sorgen auch für den Zustrom billiger Arbeitskräfte in die Länder der EG. Bereits heute arbeiten hier über 700 000 Emigranten aus Marokko, Tunesien und anderen arabischen Ländern.

Hinter allen diesen Bemühungen steckt der Traum der EG-Monopole, das Mittelmeer zu einem „europäischen Meer" zu machen. Obwohl sie mit diesen konkurriert, kann die EG dabei natürlich nicht mit den beiden Supermächten, dem amerikanischen Imperialismus und dem sowjetischen Sozialimperialismus mithalten. Aber ebenso selbstverständlich geben die großen kapitalistischen Monopole, die hinter der EG stehen, es aufgrund ihrer räuberischen Natur nicht auf, möglichst viel aus dem Reichtum und dem Schweiß der anderen herauszupressen.

So wurde die schwere Lage des ägyptischen Volkes zwar hauptsächlich durch die Ausplünderung des Landes durch die beiden Supermächte hervorgerufen. Beteiligt daran sind aber auch die Mitgliedsländer der EG, bei der Ägypten auch hochverschuldet ist. So hat die ägyptische Presse jetzt berichtet, daß die Preiserhöhungen hauptsächlich unter dem Druck des Westens beschlossen wurden. Der jetzt abgeschlossene Vertrag und der Hilferuf, den Sadat kurz darauf an die westlichen Länder gemacht hat, um neue Kredite zu bekommen, wird für das ägyptische Volk nur neue Lasten bringen.

Die Tatsachen bekräftigen nachdrücklich, was Genosse Enver Hoxha auf dem 7. Parteitag der PAA über die EG sagte: **„Sie ist ein großer Zusammenschluß der kapitalistischen Monopole und Truste, um das Proletariat und die werktätigen Massen Europas und die Völker der Welt schonungslos auszuplündern. (...) Auf der internationalen Arena ist die EWG eine neokolonialistische Großmacht, die nicht nur den Supermächten bei der Ausbeutung der Entwicklungsländer Konkurrenz macht, sondern auch versucht, die alten Privilegien der einstigen Kolonialmächte in diesen Ländern beizubehalten bzw. zurückzugewinnen."**

Es ist daher richtig und notwendig, wenn sich die arabischen Völker nicht nur zum Kampf gegen die beiden Supermächte, sondern auch zum Kampf gegen die imperialistische EG erheben und sich nicht von den lügenhaften Phrasen über einen „Dialog" täuschen lassen.

Kurz berichtet

FRANKFURT

Am 21. 1. 77 führte die Ortsgruppe Frankfurt der KPD/ML eine Veranstaltung zum Programmentwurf der KPD/ML durch. In einer Rede ging ein Genosse auf die zentralen Punkte des Programms der Partei ein und erklärte, wie die Partei das Programm nach der Verabschiedung durch den III. Parteitag in ihrer Arbeit umsetzen wird. Aus Interesse am Programm der Partei waren mehrere Kollegen zum ersten Mal zu einer Veranstaltung der KPD/ML gekommen. Insgesamt nahmen ca. 100 Freunde und Genossen teil. Eine Spendensammlung erbrachte 608 DM zur Unterstützung der Arbeit der Partei.

DAS REVOLUTIONÄRE BÜNDNIS

FRANKFURT

Am 18. 1. 77 hat der KSB/ML der Universität in Frankfurt die Nr. 1 seiner Zeitung „Das revolutionäre Bündnis" herausgegeben. Diese Nummer der Zeitung enthält einen Artikel zum Hochschulrahmengesetz, dem derzeit umfassendsten Angriff auf die Lage der Studenten. In diesem Zusammenhang nimmt ein anderer Artikel Stellung zur Amtsenthebung des Studentenparlaments durch den Präsidenten der Universität, Krupp.

WESTBERLIN

Am 14. 1. 77 fand in den ROTE-GARDE-Räumen eine kleine Veranstaltung der Partei statt zum Thema „Kampf dem Kraftwerksbau Oberjägerweg". Ein Genosse, der aktiv an den Auseinandersetzungen um den Kraftwerksbau Oberjägerweg in Spandau teilnimmt, berichtete über die Lage. Einen breiten Raum in der Diskussion nahm der Kampf gegen die Kernkraftwerke in Westdeutschland, vor allem in Wyhl und Brokdorf, ein. Für den Genossen Bernd Woitalla wurden 108 DM gesammelt. Vor der Veranstaltung war von Sympathisanten der Partei der „Rote Kreuzberger" verteilt und gesteckt sowie Stell- und Informationstafeln erstellt worden.

ESSEN

Anfang Dezember wurde in Essen ein Parteibüro der KPD/ML eröffnet. Es liegt direkt am Bahnhof Altenessen inmitten eines Stadtteils, in dem die Partei schon seit zwei Jahren arbeitet. Jetzt, nur einige Wochen später, will die Bundesbahn dieses Büro schließen lassen.

Der Grund und Boden, auf dem das Büro steht, gehört der Bundesbahn. Sie versucht nun, unseren Vermieter zu erpressen, daß sie seinen Pachtvertrag fristlos kündigen würde, wenn er uns nicht sofort rausetzt. Kurz vor dieser Sache hatten die Sozialfaschisten von der D„K"P oder die Faschisten der NPD versucht, nachts die Schaufenster zu demolieren. Sie wurden aber von Passanten verscheucht.

Im Viertel findet das Parteibüro Interesse und Sympathie.

Täglich stehen viele Menschen vor unseren Schaufenstern, sie lesen im „Roten Morgen", sie lesen unsere Wandzeitungen und Flugblätter, sie nehmen das Informationsmaterial über die Partei mit, das vor dem Büro ausliegt. Dieses Interesse, diese Solidarität ist es, die der Bundesbahn und den Faschisten ein Dorn im Auge ist. Die Partei wird den Laden weiterhin aufhalten und mit den Werktätigen in Altenessen den Kampf führen.

Offen gesagt ...

Eine Provokation

„Eine Veranstaltung, die vielen Tausenden demokratisch gesinnten Bürgern die Zornesröte ins Gesicht treibt ..."; „Ludwigshafen ist kein Pflaster für Kommunisten ... Eine Zumutung ... unerträglich ..." In diesem Stil widmete die Lokalzeitung „Ludwigshafener Rundschau" der öffentlichen Abschlußveranstaltung des III. Parteitags der KPD/ML, die am 5. Februar in der Friedrich-Ebert-Halle in Ludwigshafen stattfinden wird, fast eine halbe Zeitungsseite. Unter der Überschrift „Kommunisten in der Eberthalle – Verbot juristisch nicht möglich" und in einem Kommentar, betitelt „Eine Zumutung", hetzt Chefredakteur Zink, als gelte es, von den BASF-Kapitalisten in Ludwigshafen ein Sonderhonorar zu kassieren.

Antikommunistischer Haß eines verspießerten Chefredakteurs einer Lokalzeitung? Sicher, auch das – aber damit allein kann man das nicht abtun. Denn in dem Hetzartikel melden sich zugleich Oberbürgermeister Ludwig, Stadtkämmerer Weber, Polizeipräsident Balmes und nicht zuletzt der Verwalter der Hallen-GmbH zu Wort. So gut wie alle betonen in demagogischer Weise, daß „rein von der juristischen Seite her die Kundgebung der Marxisten-Leninisten am 5. Februar in der Friedrich-Ebert-Halle nicht zu verhindern" sei. Wenn also nicht von der „rein juristischen" – dann von einer anderen Seite her? Damit es auch den Richtigen die „Zornesröte ins Gesicht treibt", scheut man sich nicht, sie direkt anzusprechen: Es sei verhindert worden, heißt es in dem Artikel, daß am gleichen Tag die NPD in Ludwigshafen tage. Tatsächlich wurde dies keineswegs von der Stadt „verhindert", sondern vielmehr war der Saal, den die Faschisten mieten wollten, bereits vergeben. Wenn Redakteur Zink in seinem Hetzartikel dennoch einen anderen Eindruck zu erwecken sucht – was kann dann ein „zorngeröteter Demokrat", einer dieser NPD-Faschisten, für einen Schluß daraus ziehen? – Daß die Bourgeoisie auf ihn ihre Erwartungen setzt.

Die Masche, die da in der „Ludwigshafener Rundschau" – offensichtlich in Übereinstimmung mit den Stadtgewaltigen – gestrickt wird, ist bereits von anderen Provokationen als beliebte Methode der Bourgeoisie bekannt: Da wird durch pogromartige Hetze versucht, antikommunistische Stimmung zu erzeugen. Und hinterher, wenn etwas passiert ist? Dann heißt es: „Wir haben damit nichts zu tun!" Doch das sei klar gesagt: Die Bourgeoisie, wie auch Redakteur Zink, tragen voll und ganz die Verantwortung für ihre Hetze!

Daß die Bourgeoisie mit Provokationen spekuliert, beweist eine weitere Tatsache: Kurz nachdem die „Ludwigshafener Rundschau" ihren Hetzartikel veröffentlicht hatte, wurde plötzlich von der Verwaltung der Hallen-GmbH vollkommen rechtswidrig im Nachhinein ein Absatz in den Mietvertrag eingefügt, der besagt, daß die Veranstaltung bei fortgesetzter Störung, z.B. durch das Entzünden von Knallkörpern, abgebrochen werden muß.

Herrn Zink wie der ganzen Reaktion in aller Klarheit: Wir werden uns nicht provozieren lassen und unsere Vorbereitungen treffen, um jeglichen Versuch der Provokation ins Leere laufen zu lassen, damit die Abschlußveranstaltung des III. Parteitages, der ein außerordentlich bedeutender Markstein auf dem Weg zur proletarischen Revolution in ganz Deutschland ist, ein leuchtender Erfolg im Kampf der Partei werden wird.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!



HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 – 465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Bäthies, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise: wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage "Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o.a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Radio Tirana

Brutale grossrussische kulturelle Aggression

Die sozialimperialistischen Chefs im Kreml intensivieren in noch nie dagewesenem Ausmaß ihre kulturelle Aggression gegen die Vasallenländer Osteuropas. Mittels bilateraler Abkommen oder durch die sogenannten Gesellschaften für kulturelle Beziehungen im Rahmen des von der sowjetischen Metropole aus gesteuerten und manipulierten, berüchtigten RGW versuchen die Moskauer Spitzen, jede Regung der nationalen Kultur dieser Länder auszumerzen.

Dutzende Abkommen binden die Aktivität der osteuropäischen Vasallenländer in Kultur und Kunst an die Hegemonieinteressen der revisionistischen Sowjetunion. Millionen Bücher, Tausende Spielfilme und allerlei Schöpfungen, die der sowjetischen Politik des großrussischen Chauvinismus Widerhall verleihen und von den sowjetrevisionistischen Gegenwartskünstlern geschaffen sind, überschwemmen die revisionistischen Länder Osteuropas.

Die revisionistischen Länder Osteuropas sind gezwungen, in allen kulturellen und künstlerischen Aspekten mit den Moskauer Herren zusammenzuarbeiten, wobei letztere die erste Geige spielen. Die Kulturinstitutionen der oben erwähnten Länder sind aufs engste mit den „Mutterinstitutionen" der Sowjetunion verbunden, die auch die Pläne für jede neue kulturelle Aktivität vorschreiben und deren Ausführungen streng überwachen. Immer wieder veranstaltet Moskau „Arbeitstreffen" zwischen den sowjetischen Kunst- und Kulturinstitutionen und denen der Vasallenländer. Auf diesen Treffen wird weiterer Druck auf jegliche Abweichung von der Linie Moskaus in diesem Bereich ausgeübt, und es werden Befehle erteilt, die Interessen der Moskauer Oberherren peinlichst genau zu beachten.

In Ungarn wurde in letzter Zeit die Konferenz der Generaldirektoren der revisionistischen Nachrichtenagenturen abgehalten. Der Kern dieser von den sowjetischen Sozialimperialisten manipulierten Konferenz war, wie die revisionistische Presse selbst zugibt, die „allseitige Zusammenarbeit" dieser Nachrichtenagenturen. Auf der Konferenz der Verlagshäuser, die Anfang dieses Jahres von Moskau veranstaltet wurde, wurde ebenfalls offen zu einer „Verschmelzung der kulturellen Werte dieser Länder mit denen der Sowjetunion" aufgerufen. Die Moskauer Chefs verlangten erneut den weiteren Ausbau der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verbreitung der literarisch-künstlerischen Veröffentlichungen, mehr Übersetzungen von Werken russischer Autoren und mehr „gemeinsame" Veröffentlichungen.

In Polen fand ein Symposium für die Verbreitung der russischen Sprache statt, die zu einer zweiten offiziellen Sprache in den revisionistischen Ländern werden soll. Die sowjetische kulturelle Aggression in den revisionistischen Ländern Osteuropas wird von Jahr zu Jahr intensiver. In Bulgarien, Polen, Ungarn, Ostdeutschland und der Tschechoslowakei machen die russischen chauvinistischen Bücher den Großteil der fremdsprachigen Bücher aus. Die verschiedenen Bibliotheken dieser Länder, wie die sowjetrevisionistische Presse selbst bekanntgab, unterhalten enge Verbindungen zu den sowjetischen Bibliotheken. Die Moskowskaja Gosudarstvennoi Bibliotechka (Moskauer Staatsbibliothek) ist die wichtigste darunter. Sie befaßt sich mit einem Versand von jährlich 4 - 5 000 russischen chauvinistischen Büchern an die Bibliotheken der revisionistischen Länder Osteuropas.

In Bulgarien verstärkt sich der Zustrom der großrussischen Kunst und Kultur rasch. Jedes Jahr wird dieses Land von 16-18 000 verschiedenen Büchern der Autoren am Hof des Kreml überflutet, ohne hierbei Wörterbücher, Schulbücher, Filme und anderes zu erwähnen. Fachbuchhandlungen sind eigens für die Verbreitung dieser Bücher geschaffen worden. Wie die bulgarische revisionistische Nachrichtenagentur BTA meldet, nimmt Bulgarien den zweiten Platz auf der Welt ein, was die Verbreitung der sowjetischen chauvinistischen Bücher angelangt. 28 verschiedene bulgarische Städte haben „Bruderstädte" in der Sowjetunion. Ihre gesamte kulturelle und künstlerische Tätigkeit ist der Sowjetunion untergeordnet und macht lautstarke Propaganda für die sowjetische großrussische Hegemoniepolitik. In Bulgarien wurden etwa 60 Bücher gemeinsam mit sowjetischen Autoren veröffentlicht, und voraussichtlich wird sich das Tempo dieser Art von Veröffentlichungen noch mehr beschleunigen. Diese Zusammenarbeit wird so eifrig betrieben, daß in Plovdiv ein großes Denkmal errichtet wird, gewidmet den Soldaten Zarenrußlands, die einst blutige Schlachten gegen die Freiheit und Unabhängigkeit der Nachbarländer schlugen. Zu diesem Denkmal gehört auch ein Museum der russischen Militärgeschichte und Plastiken der zaristischen Besatzerabteilungen, die als „Befreier" hingestellt werden.

Unlängst drängten die Moskauer Oberherren Polen ein neues fünfjähriges Kulturabkommen auf, das dem Eindringen der sowjetischen chauvinistischen Kultur und Kunst in dieses Land freiere Bahn schafft. Das Abkommen, so die polnische Presse, sieht den „Ausbau der Zusammenarbeit" bei der Veröffentlichung der Bücher und der Verbreitung der Filme sowie die Realisierung gemeinsamer Fernsehprogramme vor. Für das nächste Jahr ist zudem die Durchführung eines umfangreichen Programms gemeinsamer Fernsehfilme vorgesehen, was Moskau die Möglichkeit geben wird, eine starke Kontrolle auch über das polnische Fernsehen auszuüben.

Auf dem 7. Parteitag der PAA hat Genosse Enver Hoxha gesagt: „Unter den gegenwärtigen Bedingungen, da die USA-Imperialisten und die sowjetischen Sozialimperialisten, ausgehend von ihren Absichten, ihre Weltherrschaft zu errichten, und die Völker geistig und politisch zu versklaven, die Ideen des Kosmopolitismus, der sogenannten Internationalisierung von Kunst und Kultur verbreiten, erhält der Kampf für die Verteidigung der nationalen Kultur der Völker sehr große Bedeutung. Indem die Völker ihre nationale, demokratische und revolutionäre Kultur verteidigen und entwickeln, verteidigen sie ihre Unabhängigkeit, ihre Existenz und ihre Traditionen und leisten so ihren Beitrag zum Kulturschatz der Welt."

Zum Tod von Max Reimann

Das Ende eines Renegaten und Verräters

Mit viel Pomp und großen Worten organisiert die D„K"P gegenwärtig die Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen Ehrenpräsidenten der D„K"P und das Mitglied des Präsidiums der D„K"P, Max Reimann.

Die D„K"P preist Reimann als den „großen, alten Mann" der deutschen Arbeiterbewegung, der mit zu den ersten Mitgliedern der von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gegründeten KPD gehörte, der nach dem zweiten Weltkrieg zu denen gehörte, die die KPD neu aufbauten, gegen ihr späteres Verbot kämpften und schließlich auch an der Spitze der D„K"P standen.

An diesem Bild des alten Kämpfers malt auch die Bourgeoisie mit. Auch sie bemüht sich, Reimann als entschlossenen Kommunisten hinzustellen, sie betont, daß er auch nach dem Verbot der KPD jahrelang ihr Vorsitzender blieb. Aber die Bourgeoisie hat diesem Mann, den sie selbst als Kommunisten hinstellt, nichts vorzuwerfen. Im Gegenteil. Man hat den Eindruck, daß die Bourgeoisie hier von einem der ihren Abschied nimmt.

Und dieser Eindruck trügt nicht. Max Reimann ist kein Kommunist. Er kämpfte nicht für die Interessen des Proletariats, sondern verriet seine Klasse, verriet die Ideale des Kommunismus, war ein Agent der Kapitalistenklasse in der Arbeiterbewegung.

Max Reimann war einer, der in den ersten Reihen der Opportunisten in der KPD für die Verwandlung der revolutionären Kommunistischen Partei Ernst Thälmanns in eine bürgerliche Partei, in eine Agentur der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung kämpfte. Max Reimann dachte nicht daran, gegen das Verbot der von der Bourgeoisie gehaßten KPD zu kämpfen. Im Gegenteil. Er verkaufte diese revolutionäre Partei für das Linsengericht der Legalität an die Bourgeoisie. Der Brief etwa, den Reimann 1967 an die Bundesregierung schrieb, um ihr zu versichern, daß die KPD immer im Einklang mit den Normen und Geboten des Grundgesetzes arbeiten werde, ist als Dokument des offenen, schändlichen Verrats am Marxismus-Leninismus und am ruhmreichen Kampf der KPD Ernst Thälmanns in die Geschichte eingegangen. Ebenso wie der durch solche und ähnliche Bittgesuche eingeleitete, in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung beispiellose Akt der Gründung einer „kommunistischen" Partei – im Büro des amtierenden Bundespräsidenten. Wenn Reimann sich trotzdem noch – auch nach der Gründung der D„K"P – bis 1971 als Vorsitzender der KPD bezeichnete, dann nur aus einem einzigen Grund: um diesen schändlichen Kuhhandel, um diesen abgrundtiefen Verrat zu kaschieren.

Aber so sehr sich Reimann auch bemühte, der Bourgeoisie zu Diensten zu sein, so schwer der Schlag war, den er der deutschen Arbeiterbewegung durch seinen Verrat versetzte, die Hoffnungen, die die Bourgeoisie seinerzeit auf ihn und seinesgleichen setzte, haben sich trotzdem nicht erfüllt. Im gleichen Jahr, in dem die Revisionisten um Reimann mit der Bourgeoisie die Gründung einer Verräterpartei vereinbarten, erschien die erste Nummer des „Roten Morgen", des Organs der deutschen Marxisten-Leninisten, und einige Zeit später hatte sich die deutsche Arbeiterklasse erneut ihre marxistisch-leninistische Vorhutpartei geschaffen. Diese Partei, die KPD/ML, hat in den acht Jahren ihres Bestehens nicht nur einen unversöhnlichen Kampf gegen den Imperialismus geführt, sondern auch den Renegaten um Reimann, dem modernen Revisionismus Schlag auf Schlag versetzt. Und sie wird auch in Zukunft unermüdlich den Verrat des modernen Revisionismus entlarven, seine verbrecherischen Aktivitäten bekämpfen, getreu dem revolutionären Erbe von Marx, Engels, Liebknecht, Luxemburg und Thälmann die deutsche Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen zum Sieg in der sozialistischen Revolution führen.

Erneute Preiserhöhungen in Ungarn...

Nach einer Meldung der Parteizeitung „Nepszabadsag" vom 9. 1. 77 treten folgende drastische Preiserhöhungen ab 10. 1. 77 in Kraft: die Preise für Obst- und Gemüsekonserven, Marmelade, Obstsäfte werden um 20-33% erhöht. Ebenfalls erhöhen sich die Preise für tiefgekühlte Fertiggerichte um 26%. Der Kaffee wird um 30% teurer.

Natürlich dienen diese erneuten Preiserhöhungen nicht der „besseren Versorgung der Bevölkerung", wie dies „Nepszabadsag" unverfroren behauptet. Diese Preiserhöhungen zeigen eindeutig den Bankrott der revisionistisch-kapitalistischen Wirtschaft Ungarns, wo die Lasten der Krise den Werktätigen aufgezwungen werden.

Die Preiserhöhungen für tiefgekühlte Fertiggerichte treffen gerade die Werktätigen besonders hart. Beinahe in jeder werktätigen Familie sind die Frauen auch voll berufstätig. So haben sie wenig Zeit zu Hause und kaufen Fertiggerichte, um schnell ein Mittag- oder Abendessen zuzubereiten. Die Kaffeepreise waren schon bis jetzt hoch. Nach dieser Preiserhöhung rückt der Kaffee in den Bereich der Luxusartikel, obwohl auch die Werktätigen gern viel Kaffee trinken.

Die Erhöhung der Zuckerpreise vor einem Jahr um 50%, der Fleischpreise um 33% und die jetzigen Preiserhöhungen zeigen deutlich, in welch hohem Maße das Lebensniveau der ungarischen Werktätigen sinkt. Nicht so das Lebensniveau der neuen Bourgeoisie. Sie leben in Saus und Braus. Ein Beispiel dafür ist die Eröffnung eines amerikanischen Luxushotels in Budapest zu Silvester. Die Eintrittkarten für den Silvesterball, gleichzeitig Eröffnungsball im neuen Hiltonhotel, kosteten 900 Forint. Dies entspricht der Hälfte dessen, was werktätige Frauen im Monat im Durchschnitt verdienen.

...und in der CSSR

Auch in der Tschechoslowakei hat die neue Bourgeoisie die Preise drastisch erhöht. Wie die revisionistische Nachrichtenagentur CTK am 13. Januar meldete, trat Anfang dieses Jahres in der Tschechoslowakei das sogenannte „neue Preissystem für den Großhandelsverkauf" in Kraft. Wie aus den Angaben der Nachrichtenagentur hervorgeht, sind seit dem 11. Januar die Großhandelspreise um 41% gestiegen. Zu den Artikeln, deren Preis am meisten gestiegen ist, gehören Brennstoffe und elektrischer Strom. Gerade die Verteuerung von Brennstoffen und Strom mitten im Winter hat das Lebensniveau der breiten werktätigen Massen stark getroffen. Am meisten aber hat sich auf die Verteuerung der Lebenshaltungskosten die Preiserhöhung von Artikeln ausgewirkt, die 19 verschiedene Bereiche der Nahrungsmittelindustrie herstellen.

Diese jüngsten Preissteigerungen oder – wie die Chefs der Prager Revisionistenclique diese volksfeindliche Maßnahme nennen – „das neue Preissystem", ist ein weiterer Schlag für die tschechoslowakischen Werktätigen. Es ist Ausdruck der verstärkten Offensive der neuen Bourgeoisie zur Ausbeutung und Unterdrückung der Werktätigen.

Spendet
zur Unterstützung des Aufbaus der KPD/ML, SEKTION DDR
Spendenkonto: Vorstand der KPD/ML
Stadtsparkasse Dortmund
Kto. Nr.: 321 004-547 und
KPD/ML-Spendenkonto
PschKto. 6 420-467, PschA Dtm.
Stichwort: KPD/ML Sektion DDR

Streitkräfte der Warschauer-Paktstaaten erneut mit russischem Oberkommandierenden

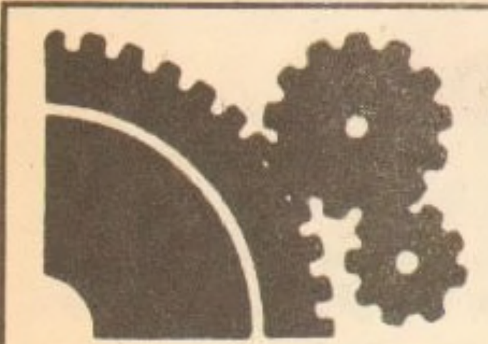
Nach dem Tod von Jakubowski wurde erneut ein Russe zum Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages ernannt. Diesmal handelt es sich um einen gewissen Kulikow, der unter anderem mehrere Jahre der Oberbefehlshaber der von uns gehaßten russischen Besatzertruppen in der DDR war.



Kulikow

Die Tatsache, daß nach Gretschko und Jakubowski jetzt wieder ein russischer General die vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages befehligt, zeigt deutlich: Diese Organisation ist der Hauptstützpfeiler der Expansionspolitik der UdSSR und deswegen darf die Führung dieser aggressiven Streitkräfte nur in russischer Hand liegen. Die Streitkräfte der einzelnen Mitgliederstaaten, so auch die Nationale Volksarmee, sind lediglich Befehlsempfänger der russischen Militärführung. Der Aufbau der Truppen, die Ausrüstung und die Ausbildung der Streitkräfte der Mitgliederstaaten sind nach russischem Vorbild vereinheitlicht. Wenn im Statut steht, auch ein deutscher oder ein polnischer General könnten zum Oberbefehlshaber gewählt werden, erweist sich das in der Praxis als reine Lüge, ebenso wie die Propaganda, der Warschauer Pakt sei ein freiwilliger militärischer Zusammenschluß von angeblich „unabhängigen" und „sozialistischen" Staaten. Der Warschauer Pakt ist ein aggressiver imperialistischer Militärblock unter der Führung der russischen neuen Zaren.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

Nach Selbstmordversuch entlassen

'Entweder Du gehst freiwillig oder wir machen Dir die Hölle heiß!'

Kürzlich erfuhr ich von der Entlassung eines Kollegen, über die ich dem „Roten Morgen" berichten will, weil sie ein Beispiel dafür ist, wie skrupellos die Kapitalisten gegen uns Werktätige vorgehen.

Bernd war vor einigen Monaten als Gelegenheitsarbeiter eingestellt worden. Er wollte ungefähr drei Jahre in dem Betrieb arbeiten, um sich dann für ein Medizinstudium zu bewerben, für das man nicht nur das Geld erst zusammenhaben muß, sondern für das man vor allem auch lange auf einen Studienplatz warten muß. Wie ich von anderen Kollegen erfuhr, machte Bernd seine Arbeit gut, es gab nichts zu beanstanden.

Vor sechs Wochen nun beging Bernd, aus welchen Gründen auch immer, einen Selbstmordversuch. Er nahm eine Überdosis Tabletten. Da der Versuch aber frühzeitig entdeckt werden konnte, wurde Bernds Leben gerettet. Daß Bernd in seiner Situation natürlich nicht sofort wieder seine Arbeit aufnehmen konnte, leuchtete jedem Kollegen ein. Er mußte erst von den Folgen der Überdosis Tabletten und seiner psychischen Krankheit gesunden. Nachdem er sich einigermaßen erholt hatte, meldete er sich im Betrieb beim Personalchef zurück, mit der Absicht, an seinem alten Arbeitsplatz die Arbeit wiederaufzunehmen. Wenn man sich die Sprüche von Regierung, staatlichen Behörden und Kapitalistenverbänden über unseren angeblichen „Sozialstaat" so anhört, könnte man annehmen, es sei selbstverständlich, daß ein junger Mann wie Bernd unter solchen Umständen nach seiner Gesundung seine Arbeit im Betrieb wieder aufnehmen könnte. Doch wie so oft belehrt einen die Realität des Kapitalismus eines anderen. Die Betriebsleitung nutzte die Situation, in der Bernd sich befand, auf gemeinste Weise aus, um seine Entlassung durchzusetzen. Bereits während Bernds Abwesenheit wurde seine Frau des öfteren vom Personalchef durch Telefonanrufe belästigt. Dabei erkundigte er sich zwar vordergründig nach Bernds Befinden, wollte darüber hinaus aber genau wissen, warum Bernd und seine Frau noch nicht verheiratet seien, ob Bernd denn auch wirklich der Vater ihres Kindes sei usw. usf. Er war offensichtlich auf alle möglichen Informationen aus, die er irgendwie gegen Bernd ins Feld führen könne. Als die Frau darauf entgegnete, sie wolle solche Fragen nicht beantworten, schlug der Personalchef ihr sogar noch ein „Treffen unter vier Augen" vor, um die Angelegenheit „in Ruhe" zu besprechen.

Als Bernd nun beim Personalchef erschien, um seiner Arbeit im Betrieb nach erfolgter Gesundung wieder nachzugehen, wurde ihm zu seiner Überraschung ein Formular vorgelegt, durch dessen Unterschrift er seiner eigenen Entlassung zustimmen sollte. Bernd lehnte dies ab, denn er wollte dort weiterarbeiten, zumal es wenig aussichtsreich ist, neue Arbeit zu bekommen. Der Personalchef aber spekulierte darauf, den labilen Zustand von Bernd auszunutzen und erpreßte ihn auf gemeinste Art und Weise: Wenn Bernd durch seine Unterschrift nicht seiner Entlassung zustimmen würde, so drohte er, würde ihm im Betrieb in den nächsten sechs Wochen so sehr die Hölle heiß gemacht werden, daß er dann endgültig freiwillig und wahrscheinlich auch bereitwillig das Feld räumen werde. Im Klartext: Man würde eine solche Hetze gegen ihn betreiben, bis er völlig fertig wäre. Bernd vermochte in seiner Verfassung diesem Druck nicht standzuhalten und gab seine Unterschrift unter das Entlassungsschreiben.

Diejenigen Kollegen im Betrieb, die bisher von dem Vorfall erfahren haben, sind über dies Vorgehen des Personalchefs hellauf empört. Ihnen ist noch in guter Erinnerung, wie 1974 20% von ihnen von heute auf morgen auf die Straße gesetzt wurden und anschließend die Akkorde in die Höhe geschraubt wurden. Das Vorgehen des Personalchefs hat ihnen erneut gezeigt, daß den Kapitalisten jedes Mittel recht ist, um die Entlassungen durchzusetzen, und daß sie keine Skrupel kennen, wenn es gegen die Werktätigen geht.

Elektro Dörnemann

Zweimal zu spät zur Arbeit gekommen - entlassen

Im Dezember 76 wurden fünf Kollegen bei Elektro Dörnemann entlassen. Die Firmenleitung führte als Entlassungsgrund Arbeitsmangel an, da aber die Mehrheit des Betriebsrates dagegen protestierte, zog die Firma die Kündigungen zurück.

Einige Tage später legte die Firma neue, andere Kündigungsgründe vor, dabei half der Betriebsratsvorsitzende. So sollte der eine Kollege wegen Zuspätkommens, der andere wegen mangelnder Arbeitsleistung, und ein weiterer wegen Trunkenheit usw. entlassen werden. Unter diesen Kollegen befand sich auch ein Arbeiter, der auf der letzten Belegschaftsversammlung die Firma angriff und den Roten Betriebsrat verteidigte. Sehr empört waren die Kollegen, als sie jetzt im Januar erfuhren, daß der Betrieb genug Aufträge hat und sogar noch Arbeitskräfte sucht. Jetzt war klar, warum der erste Kündigungsgrund nicht haltbar war.

Ein Kollege, der sehr empört war, lud den Roten Betriebsrat nach Hause ein und berichtete über die darauffolgenden Geschehnisse.

Nachdem er die Kündigung bekam, ging er zur IGM, um Rechtsschutz zu verlangen; ein Betriebsrat hatte ihn vor einigen Monaten beschwatzt, Mitglied der IGM zu werden. Der Rechtsberater der IGM sagte dann nach einigen Worten, was er überhaupt hier wolle, solche Leute kenne er und er sei ja nur wegen der Kündigung Mitglied geworden, er könne da nichts machen!

Nun, der Kollege denkt jetzt anders über die Gewerkschaft.

Als er dann zum Arbeitsamt kam, sagte der Beamte: „Wir haben vier offene Stellen pro Monat für Elektriker, wir haben aber auch 40 arbeitslose Elektriker pro Monat." Nun, der Kollege macht sich keine falschen Hoffnungen, er hat begriffen, daß in dieser kapitalistischen Gesellschaft nur der Profit zählt und daß die Gewerkschaften dazugehören.

Besonders deutlich zeigte es sich bei der Konstruierung des Entlassungsgrundes: Er kam zweimal zu spät. Warum? Weil seine Frau im Krankenhaus lag, weil er deshalb morgens immer das Kind zu seinen Eltern bringen mußte. Da besitzen also die Kapitalisten und ihre Handlanger noch die Frechheit zu behaupten, wer rausfliegt, ist selber schuld, und wer arbeiten will, der findet auch Arbeit.

Keine Aussicht auf Arbeit, die Arbeitslosenunterstützung beträgt ca. 800 DM. Davon muß er 380 DM Miete und 60 DM Nebenkosten bezahlen, der Rest, ca. 360 DM, bleibt zum Leben für drei Menschen. Der Kollege las jetzt zum erstenmal den „Roten Morgen", wir vereinbarten einen zweiten Besuch.

Rot Front, ein Genosse aus Herten

Tarifrunde im öffentlichen Dienst

Hetzpropaganda gegen Lohnforderungen

Obwohl die eigentlichen Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst noch gar nicht begonnen haben, ist schon seit Wochen eine massive arbeiterfeindliche Hetzkampagne gegen die gerechten Forderungen der Kolleginnen und Kollegen des öffentlichen Dienstes im Gang. Daß sich die Arbeiter und kleinen Angestellten dieses Bereichs genauso wie ihre Kollegen in anderen Branchen gegen den Abbau ihrer Reallöhne, die oft sowieso noch unter dem Durchschnitt liegen, zur Wehr setzen, wird als ein „Anschlag auf die Interessen der Gemeinschaft" verurteilt. Der Vorsitzende des reaktionären Lehrerverbandes, Christians, forderte jetzt sogar unter dem Beifall der Presse offen einen Lohnverzicht.

Am lautesten schreien natürlich gerade diejenigen, die in der Tat ausgemachte Schmarotzer sind und in deren Taschen unsere Steuergelder verschwinden wie in einem Faß ohne Boden. Nehmen wir z. B. unsere sogenannten Volksvertreter, ob nun im Bundestag oder in den Landesparlamenten. Vor einer Woche erst genehmigten sich auf gemeinsamen Vorschlag von CDU, SPD und FDP die Abgeordneten des rheinland-pfälzischen und des niedersächsischen Landtags eine saftige Erhöhung ihrer Bezüge. Natürlich sind diese Summen noch gering gegenüber den Milliarden, die den Kapitalisten vom Staat in Form von Investitionszulagen, Steuererlassen usw. (angeblich im Interesse des sogenannten „Gemeinwohls") zugeschustert werden. Die Legende, daß diese Gelder der Sicherung der Arbeitsplätze dienen würden, wird inzwischen von fast keinem mehr geglaubt. Sogar ein „maßgeblicher Vertreter der Wirtschaft", der Monopolkapitalist Seefelder, Konzernchef des Chemiegiganten BASF, erklärte vor wenigen Tagen ganz unverblümt, das Gerede, daß Investitionen Arbeitsplätze sichern würden, sei ein Gerücht; bei Investitionen ginge es nicht um Sicherung oder Schaffung von Arbeitsplätzen, sondern um die Steigerung der Gewinne, was durchaus etwas anderes sei; im übrigen seien Unternehmen keine Wohlfahrtsinstitute, deren Aufgabe die Sicherung von Arbeitsplätzen sei.

Warum schreit bei diesen Milliarden keine bürgerliche Zeitung Zeter und Mordio und daß dies ein Anschlag auf die Nation sei? Weil das Geschwätz vom „Gemeinwohl" nichts anderes ist als Heuchelei. Die Interessen der Arbeiterklasse, zu der auch die Arbeiter und kleinen Angestellten im öffentlichen Dienst gehören, stehen in einem diametralen und unversöhnlichen Gegensatz zu den Interessen der kapitalistischen Ausbeuter. Der Staat ist das Instrument dieser Ausbeuter. Er vertritt keine „Gesamtinteressen", sondern die Profit- und Herrschaftsinteressen der Kapitalisten. Deshalb ist der Kampf der Kollegen im öffentlichen Dienst für mehr Lohn keineswegs gegen die anderen Teile des arbeitenden Volkes gerichtet, wie uns die verlogene bürgerliche Propaganda einhämmern will. Im Gegenteil: weil dieser Kampf zur Stärkung der gesamten Kämpfe des Proletariats gegen Lohnraub, gegen die Verschärfung der Ausbeutung, beiträgt, weil er gegen unseren gemeinsamen Feind, das Kapital und seinen Ausbeuterstaat gerichtet ist, deshalb entspricht er den Interessen aller ausgebeuteten und unterdrückten Menschen. Die Hetzpropaganda gegen den Lohnkampf im öffentlichen Dienst soll die Werktätigen spalten und gegeneinander ausspielen. Dagegen müssen wir uns fest zusammenschließen und gemeinsam für unsere Interessen kämpfen.

Auch wenn die Hetze scheinbar auch gegen Kluncker und die übrigen ÖTV-Bonzen gerichtet ist, so darf man sich dadurch nicht täuschen lassen. Kluncker und Co. haben die Forderungen, die aus den Betrieben kamen, fast ausschließlich Linearforderungen (bzw. Festgeldbeträge) um die 200 DM und darüber, niedergebügelt und gegen den Willen der Basis die 8%-Lohnraubforderung aufgestellt. Warum? Weil sie Feinde der Arbeiter sind. In Wirklichkeit ist es der ÖTV-Apparat, der dem Kapital und dem Staat die entscheidenden Handlangerdienste bei der Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter und kleinen Angestellten des öffentlichen Dienstes leistet. Deshalb muß unsere Kampffront gegen das Kapital, den Staat und den Gewerkschaftsapparat gerichtet sein.

Lohnraubabschluß ist längst geplant

Fortsetzung von Seite 1

wirklich spielen. Immer mehr Kollegen erkennen, daß der DGB-Apparat auf der anderen Seite der Barrikade steht. Infolgedessen sitzt den Kapitalisten und den Gewerkschaftsbonzen die Angst im Nacken, daß früher oder später die Dämme der Abwiegelei und des Arbeiterverrats brechen und eine Flutwelle von sogenannten „wilden Streiks" sich erhebt. Sie fürchten, daß ihnen die Kontrolle über die Massen verloren geht und daß die Massen den Weg des revolutionären Klassenkampfes einschlagen.

Deshalb schlagen Bonzen wie Mayr und Mahlein die Taktik der „radikalen Töne" ein. Sie versuchen sich zu tarnen und der Stimmung in den Betrieben anzupassen. Das „Handelsblatt", eine Wirtschaftszeitung, die fast nur in bürgerlichen Kreisen gelesen wird, bringt das ziemlich offen zum Ausdruck. In einem Interview mit diesem Blatt sagt der Vorsitzende des „Sachverständigenrats" (auch „die fünf Weisen" genannt), Sievert, er sei der Meinung, „man müsse aus der Rolle der Gewerkschaften heraus" für ihr Auftreten „Verständnis haben"; und weiter: „Es kommt auch weniger auf die Deklamation der Gewerkschaft an als vielmehr auf das, was sie an Tarifabschlüssen unterschreiben." Und IGM-Boß Loderer selbst hat ja bereits verkündet, die Forderung der IGM sei „kein Ultimatum".

Wenn die Kampftöne des IGM-Apparates nicht nur ein Täuschungsmanöver wären, müßte er dann nicht in den Betrieben längst Vorbereitungen für einen Streik treffen? Müßten nicht die Aufstellung von Streikposten organisiert, Streikversammlungen vorbereitet werden usw.? Müßte nicht intensiv Agitation in den Betrieben und unter der werktätigen Bevölkerung betrieben werden, um alle Voraussetzungen für eine möglichst machtvolle und geschlossene Kampffront zu schaffen? Es gibt jedoch keine Spur von solchen Vorkehrungen des IGM-Apparats. Und es wäre auch verfehlt, so etwas zu erwarten. Denn hinter den Kulissen ist alles längst abgekartet, ist ein Lohnraubabschluß, der so zwischen 6,5 und 7 % liegen dürfte, beschlossene Sache. Alles andere, das Manöver des „Scheiterns der Verhandlungen", das Schlichtungstheater usw., soll nur die Arbeiter und kleinen Angestellten davon abhalten, ihre Sache selbst in die Hand zu nehmen und sich auf die eigene Kraft zu verlassen, auf den starken Arm der kämpfenden Arbeiterklasse.

Die revolutionären und klassenbewußten Kollegen in den Metallbetrieben müssen die schmutzige Taktik des IGM-Apparates entlarven und müssen die Kollegen mobilisieren für selbständige Kampfaktionen. Das ist die einzige Möglichkeit, um den geplanten Lohnraubabschluß zu verhindern und die Angriffe der Kapitalisten mit Gegenschlägen zu beantworten.

Giftgasunfall bei Prym

Fortsetzung von Seite 1

Am Mittag fährt ein Lautsprecherwagen der Polizei durch die Stadt und fordert die Leute, die Schmerzen in der Lungengegend haben, auf, sofort einen Arzt aufzusuchen. Wer seine Wäsche draußen aufgehängt habe, solle sie noch einmal waschen.

Was aber wurde gegen die Giftgaswolke getan? Die Feuerwehr spritzte Wasser auf die Tanks, aus denen die Säure herausgeströmt war. Doch das konnte die Ausbreitung der Giftgaswolke nicht verhindern. Weder Polizei, Feuerwehr, noch der Herr Nehrlich haben eine größere Katastrophe verhindert. Verhindert hat das nur der „Wettergott". Am Donnerstag war schönes Wetter, ausgeklärter Himmel; gute Bedingungen, damit eine solche Giftgaswolke in die Luft entweichen kann. Einen Tag vorher war es diesig, schwer mit Wolken verhangener Himmel. Wir wollen nicht ausmalen, was wäre, wäre der Unfall an diesem Tag passiert.

Die Giftgaswolke stellte eine direkte Bedrohung für Stolberg und Umgebung dar. Aber sie ist nur eine besondere Form der Umweltverschmutzung. Tag für Tag geben Stolberger Betriebe jede Menge Gift in die Umgebung ab, z. B. Blei, Cadmium, Arsen, Salpeter- und Schwefelsäure. Der Vichbach ist ein reiner Abwasserkanal. Der Klärschlamm, der am Ortsende aus dem Vichbach genommen wird, ist so giftig, daß er als giftiger Sonderschlamm behandelt werden muß. Diese Vergiftung wird mit staatlicher Genehmigung betrieben. Denn bei der Festlegung von zulässigen Verschmutzungen geht der Staat nicht vom Schutz der Bevölkerung aus, sondern vom Profitinteresse des Kapitals. Im Kapitalismus zählt nicht der Mensch, sondern allein der Profit. Darum mußten die Kollegen von Prym und Dalli weiterarbeiten. Wenn die Massenmedien heute um die Giftgaswolke einen großen Wirbel entfalten, die „Bild"-Zeitung ganz bewußt Falschmeldungen über angebliche Rettungsmaßnahmen in die Welt setzt, so soll damit die Bevölkerung in Sicherheit gewogen werden, denn tatsächlich tun die Kapitalisten und der kapitalistische Staatsapparat nichts.

Diese Giftgaswolke enthüllt einmal mehr, daß sich in unserem Staat die Kapitalisten und ihr Staat auf der einen Seite und das Volk auf der anderen Seite unversöhnlich gegenüberstehen.

Stillegungen und Entlassungen bei AEG in Westberlin

Der Widerstand gegen Vernichtung von Arbeitsplätzen wächst

Der Elektrokonzern AEG hat einen Rationalisierungsfeldzug im großen Stil begonnen. Allein in den Westberliner AEG-Betrieben sollen in diesem Jahr mindestens 1 000 Kollegen auf die Straße fliegen. Aber auch im Bundesgebiet sind Massenentlassungen und Stillegungen vorgesehen. Konzernchef Cipa faßte die Marschrichtung der AEG im Westberliner Fernsehen mit folgendem Satz zusammen: „Wir werden mit weniger Leuten mehr produzieren." Unter der werktätigen Bevölkerung Westberlins herrscht Empörung über diese skrupellosen Absichten und Maßnahmen der Konzernherren.

Diese Empörung ist um so größer, als auch Siemens in ähnlichem Ausmaß Arbeitsplätze abbauen will. Siemens und AEG sind in Westberlin die größten Betriebe. Von ihnen hängt die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Bevölkerung in starkem Maße ab. Bereits in den vergangenen 10 bis 12 Jahren haben die beiden Elektroriesen massiv rationalisiert. Gab es im Jahr 1965 noch 299 000 industrielle Arbeitsplätze in Westberlin, so waren es 1975 nur noch 204 000; von diesen 95 000 vernichteten Arbeitsplätzen gingen allein auf das Konto von AEG und Siemens 27 500; die Belegschaft in den Berliner Siemensbetrieben sank in dem angegebenen Zeitraum um 13 500: von 35 000 auf 21 500, das sind fast 38%; AEG baute in diesen 10 Jahren seine Westberliner Belegschaften sogar um knapp 50% ab: von 29 000 auf 15 000; sie haben also 14 000 Arbeitsplätze wegrationalisiert.

Ende Oktober des vergangenen Jahres wurde bekannt, daß AEG das Werk in der Ackerstraße schliessen will. Nach den Angaben der Konzernherren sollen von den 900 Beschäftigten 350 entlassen werden. Die Übriggebliebenen sollen in das Werk Sickingenstraße übernommen werden. Aber Cipa sagt schon heute, daß eigentlich auch dieses Werk geschlossen werden müßte, nur aus politischen Gründen würde man davon absehen. Im Klartext: Zwei Werke gleichzeitig stillzulegen, ist den AEG-Kapitalisten wegen der zu erwartenden starken Unruhe unter den Belegschaften zu riskant. Man geht lieber etappenweise vor.

Auch die Schließung des Werkes Ackerstraße war schon lange vor dem Oktober letzten Jahres geplant. Sie erfolgt im Zuge der Konzentration der Produktion und der Auslagerung von bestimmten Produktionsstätten in sogenannte „Niedriglohnländer". Noch 1970 waren in der Ackerstraße 2 000 Kollegen beschäftigt. Hergestellt wurden Kleinstelektromotoren, in letzter Zeit hauptsächlich Lüftermotoren für die Autoindustrie. Nun soll die Kleinstmotorenproduktion im AEG-Werk Oldenburg konzentriert werden. Allerdings sollen 90% der Endmontage dennoch in Westberlin erfolgen: im Werk Sickingenstraße; denn dadurch erhalten die AEG-Kapitalisten vom Staat steuerliche Vergünstigungen, sogenannte „Berlinvergünstigungen".

Die bürgerliche Propaganda versucht die Empörung der Westberliner Werktätigen in falsche Bahnen zu lenken, indem sie mit der Losung hausieren geht, die Entlassungen kämen von der „Berlinfeindlichkeit" der Elektrokonzerne. Dieses Geschwätz dient dazu, die Klassenfronten zu verwischen und den Kampf gegen die Maßnahmen im Rahmen des Kapitalismus zu halten. Doch schon die Tatsache, daß die AEG-Bosse im vergangenen Jahr die Arbeiter des zur Stillegung bestimmten Werks in der Ackerstraße die ganze Zeit statt acht Stunden zehn Stunden am Tag für sich schuften ließen und zum Teil auch noch Sonnabend und Sonntag, zeigt, wie verlogen dieses Geschwätz ist. Oder kommt diese verschärfte Ausbeutung etwa auch von der „Berlinfeindlichkeit" der AEG-Bosse? Das Streben nach Maximalprofiten und nichts anderes ist der wahre Grund für die Vernichtung der Arbeitsplätze. Nicht zwischen „Berlinern" und „berlinfeindlichen Kräften" verläuft die Frontstellung, sondern zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern, zwischen der werktätigen Bevölkerung auf der einen und den Kapitalisten auf der anderen Seite; wobei zum Lager der Kapitalisten auch der Bonner Staat und das Politikerpack im Schöneberger Rathaus zu rechnen ist, nicht zuletzt aber auch der imperialistische DGB-Bonzenapparat.

Anstatt die Belegschaften über die Stillegungspläne gleich zu informieren, haben sie auch noch zu Überstunden aufgerufen und das mit der Begründung, dann würde das Werk Gewinn abwerfen und dadurch könnten die Arbeitsplätze gesichert werden. Durch diesen Betrug schürten sie einerseits falsche Hoffnungen und verhinderten somit, daß frühzeitig der Kampf gegen die Vernichtung der Arbeitsplätze entbrannte. Andererseits halfen sie so den Kapitalisten, die Belegschaften anzutreiben und das Letzte aus ihnen herauszuholen. Aber es gibt eben keine gemeinsamen Interessen zwischen Arbeitern und Kapitalisten. Das ist eine Illusion, die von den Gewerkschaftsbonzen und von allen möglichen Arbeiterverrätern, nicht zuletzt aber von den modernen Revisionisten der D„K"P/SEW gezüchtet wird, damit die Massen sich nicht zum revolutionären Kampf gegen den Kapitalismus erheben, sondern auf die „Verhandlungskunst" der Gewerkschaftsbonzen vertrauen sowie auf die bürgerlichen Politiker und deren Behauptungen, sie würden die „Arbeitgeber" schon zur Einsicht bringen.

Auch nachdem alle Versprechungen von der „Sicherung der Arbeitsplätze" sich als Lügen entpuppt haben, verbreiten die Arbeiterverräter weiterhin die Ideologie der Klassenversöhnung. Scheinheilig jammern sie, die „Arbeitnehmer" hätten nicht genügend Einfluß in den Aufsichtsräten und im Senat (bzw. im Staatsapparat). Gäbe es nur „echte Mitbestimmung", dann würden die Dinge ja ganz anders aussehen. So versuchen sie uns weiszumachen, es könne zwischen Lohnarbeit und Kapital ein „Interessenausgleich" herbeigeführt werden. Aber einen Interessenausgleich zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern kann es niemals geben. Und die Taten der Mitbestimmungsapostel beweisen, daß sie selbst keineswegs die Interessen der Arbeiter, sondern vielmehr die der Kapitalisten vertreten.

Um die wachsende Unruhe in den Griff zu bekommen, führte der Betriebsrat Anfang Dezember eine zentrale Betriebsversammlung für alle vier Westberliner AEG-Betriebe durch. Die AEG-Betriebszelle unserer Partei im Werk Brunnenstraße, wo die Versammlung stattfand, brachte dazu ein Extrablatt des „AEG-Arbeiter" heraus mit der Überschrift: „Vom IGM-Apparat ‚radikale' Töne im Interesse der Kapitalisten." Diese Überschrift traf den Nagel auf den Kopf. Plötzlich spielten sich die Betriebsratsbonzen als diejenigen auf, die „rücksichtslos" die Pläne der Konzernherren aufdecken. Besonders der extra angereiste Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats Rupke tönte: die jetzt bekanntgewordenen Pläne der AEG-Bosse seien nur der erste Schritt, weitere Rationalisierungspläne lägen in den Schubladen. Natürlich diente das ganze Gerede nur dazu, die Arbeiter und kleinen Angestellten zu täuschen und das starke Mißtrauen, das sich gegen die Herren „Arbeitnehmervertreter" gebildet hat, abzubauen. Bei einem Teil hatten die Bonzen auch einen gewissen Erfolg. So sagten einige: „Endlich mal einer, der uns die volle Wahrheit sagt." Viele Kollegen erkannten aber bereits, daß das Auftreten von Rupke scheinradikal ist und den Kollegen Sand in die Augen streuen soll.

Auch eine Betriebsrätin der „Liste Alternative", die von der Gruppe Rote Fahne (KPD) immer als „konsequente Kämpfer" propagiert werden, trat auf. Sie griff zwar Rupke und die anderen IGM-Betriebsräte an, aber nicht unzweideutig und unversöhnlich. Sie verwischte, daß der IGM-Apparat ein Werkzeug der Kapitalisten ist und nährte Illusionen in die reaktionäre Betriebsratsclique, indem sie an sie die Aufforderung richtete, sie sollten doch dafür sorgen, daß alle Rationalisierungspläne aufgedeckt werden. Außerdem faselte sie dann auch noch, daß unser Hauptfeind der russische Sozialimperialismus sei, was faktisch nichts anderes bedeutet, als vom Kampf gegen die AEG-Kapitalisten und das westdeutsche Monopolkapital, vom Kampf gegen dessen Angriffe auf die Arbeiter abzulenken.

Aber es traten auf dieser Versammlung auch Kollegen auf, die konsequent für den Kampf gegen die Kapitalisten und ihre Handlanger Stellung bezogen. So z. B. ein revolutionärer Arbeiter, der die Agentenrolle der IGM-Betriebsräte und des Gewerkschaftsapparates konkret und schonungslos entlarvte. Ihm hörten die Kollegen gespannt zu und ein Teil spendete starken Beifall.

Eine Woche später verbreitete sich wie ein Lauffeuer die Nachricht, daß auch in der Bahnfabrik 300 Kollegen (das sind 40% der Belegschaft) entlassen werden sollen. Dabei hatten auf der Versammlung eine Woche davor die IGM-Betriebsräte behauptet, in diesem Betrieb seien im Gegensatz zu den anderen AEG-Betrieben die Arbeitsplätze sicher. Am nächsten Tag fand eine außerordentliche Belegschaftsversammlung für das betroffene Werk statt. Es zeigte sich, daß die Kollegen unheimlich empört waren. Die Betriebsräte spielten natürlich wieder einmal die Überraschten, die von nichts gewußt hatten. Aber warum haben sie dann jetzt nicht wieder für alle vier Werke eine Versammlung einberufen? Sie wollten verhindern, daß die Information auf einen Schlag in die gesamte Belegschaft kommt, um so den Kampf zu schwächen.

Auf dieser Versammlung riefen mehrere Kollegen zum gemeinsamen Kampf gegen die geplanten Entlassungen auf. Ein Extrablatt des „AEG-Arbeiter" wurde am nächsten Tag verteilt, in dem die Verräter entlarvt und als einzig wirkungsvoller Weg der Streik propagiert wurde. Darüber wurde heiß diskutiert unter den Kollegen und ein Teil wäre bereit gewesen, einen Streik zu beginnen. Andere Kollegen jedoch scheuten vorerst noch davor zurück. Vor allem fehlt ihnen wohl noch das Vertrauen in die Kraft der kämpfenden Arbeiterklasse.

Aber der Kampf geht weiter und die revolutionäre Einheit unter den Kollegen wächst. Dafür sorgt vor allem unsere revolutionäre Partei, die KPD/ML.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen

Trotz aller Dementis: Massenentlassungen bei Agfa!



Weil die Agfa den Bayer-Kapitalisten zu wenig Profit eingebracht hat, sollen über 1 500 Kollegen in den deutschen Agfa-Werken entlassen, zwangsversetzt und zwangspensioniert werden. Die Zahlen für die einzelnen Werke und Abteilungen liegen inzwischen schon fest. Zur Zeit werden die 824 Kollegen herausgestiert, die allein in Leverkusen raus sollen.

„Wie bereits in mehreren Abteilungsversammlungen ausführlich erläutert, besteht in der Begießerei Unterlage Film ein personeller Überhang, den wir im Laufe der nächsten Monate abbauen wollen. Unter Zuhilfenahme der Auswahlrichtlinien, über die wir zur Zeit mit dem Betriebsrat verhandeln, haben wir versucht, unter den für einen Arbeitsplatzwechsel infragekommenden Mitarbeitern eine Auswahl zu treffen, die fachliche und soziale Gesichtspunkte weitgehend berücksichtigt. Es ergab sich dabei, daß wir neben anderen auch mit Ihnen über einen uns notwendig erscheinenden Arbeitsplatzwechsel sprechen müssen. Der Betriebsrat ist darüber informiert. Wir möchten Sie deshalb zu einem Gespräch in die Personalabteilung bitten . . ."

Solche Briefe erhielten viele Kollegen der Filmbegießerei vor 6 Monaten, als dort rationalisiert wurde. Auf ähnliche Briefe müssen sich jetzt noch mehr Kollegen gefaßt machen und bei vielen soll nicht „Arbeitsplatzwechsel" zu Bayer, sondern „Entlassung" stehen.

Zur Profitsteigerung haben sich die Kapitalisten für die Agfa schon viel einfallen lassen: Vor 15 Monaten war es Kurzarbeit, „damit die Arbeitsplätze sicher bleiben". Dann wurde für die halbe Belegschaft der Bonus um 5% gekürzt. Die Chemikalienfabrik wurde dichtgemacht, ebenso das Werk Leonar in Hamburg. In der Filmbegießerei wurden Arbeitsplätze wegrationalisiert, Zulagen wurden gestrichen, höhere Maschinengeschwindigkeiten brachten mehr Arbeitshetze mit sich.

Als alle Lohnraub- und Rationalisierungsmaßnahmen noch zu wenig Profit versprachen, wurde die Beraterfirma Mc Kinsey angeheuert, die als besonders brutal berüchtigt ist. Als erstes wurde das Ziel aufgestellt, 40% der Kosten im sogenannten „indirekten Bereich" einzusparen, damit am Ende der Untersuchungen noch ein hoher Prozentsatz übrigbleibt, nämlich jetzt über 20%. Das heißt, daß jeder fünfte Kollege im „indirekten Bereich" wie Verwaltung und Vertrieb, FE, TSD, Prüfstellen, Labors usw. gefeuert oder sonstwie „gegangen" werden soll, während die anderen um 20% mehr und schneller arbeiten sollen.

Genau das ist die „Kostenersparnis", was auch von vornherein feststand. Mc Kinsey schreibt selbst über seine Arbeit: „Wenn eine Kostensenkung dringend erforderlich ist, ein Abbau durch natürliche Fluktuation zu lange dauern würde und eine innerbetriebliche Umsetzung nicht in allen Fällen möglich ist, werden Entlassungen nicht zu umgehen sein."

Damit ja auch der Anschein erhalten bleibt, es würde nicht nur die Arbeiter und kleinen Angestellten treffen, gibt Mc Kinsey den Rat: „Die Abschaffung augenfälliger Extravaganzen bei den Führungskräften bietet häufig die psychologische Voraussetzung für sozialpolitisch problematischere Gemeinkostensenkungen." Zu deutsch: wenn die Direktoren „nur noch" Mercedes 280 fahren, dann könnten die kleinen Leute problemloser entlassen werden.

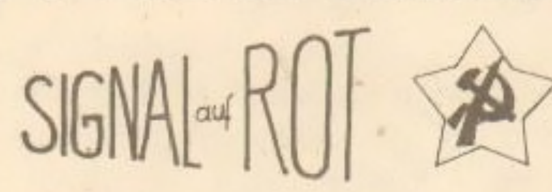
Wer ist schuld an den Entlassungen?

Es gibt Leute, die behaupten, alles sei auf eine falsche Vorstandspolitik zurückzuführen. Aber der Vorstand macht als Vertreter der Bayer-Kapitalisten überhaupt nur eine Politik, nämlich soviel Profit wie irgend möglich herauszuholen. Alle Rationalisierungsmaßnahmen sind nur Mittel zu diesem Zweck, genauso wie Lohnraub und Preistreiberei.

Darum ist es auch eine glatte Lüge, wenn die Kapitalisten der Agfa-Geschäftsleitung behaupten, wenn mehr erwirtschaftet würde, seien auch die Arbeitsplätze sicher. Man sieht ja jetzt wieder, wer für den „Aufschwung" der Agfa bluten soll, und wie sicher die Arbeitsplätze sind.

Die Profitgier und die Konkurrenz (vor allem mit Kodak) wird die Bayer/Agfa-Kapitalisten zu immer größerer Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten treiben. Darum sind die Entlassungen jetzt auch nicht ein „Schnitt", nach dem es ruhiger würde. Solange der Kapitalismus existiert, werden Arbeitsplätze wegrationalisiert, Betriebe stillgelegt und Werktätige auf die Straße geworfen.

Beinahe tot durch Arbeitshetze bei der Deutschen Bundesbahn im Bahnwerk-Kiel



Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Folgendes ist passiert:

Wie immer wurde am Montag, dem 10. 1. 77, die Waschbühne durch die Platzkolonne von dem anfallenden Schmutz in der Woche und am Wochenende gereinigt. Den Auftrag dazu erteilte der Oberkapo Erich Baier. Erich Baier ist für die steigende Arbeitshetze und Antreiberei auf der Waschbühne zuständig, während er sich doch nur den ganzen Tag in irgendwelchen Ecken rumtreibt. Seine Aufgabe ist es nun, dem Stellwerk und den Rangierern telefonisch Bescheid zu geben, daß auf der Bühne die Rinne sauber gemacht wird und die Kollegen zwischen den Schienen arbeiten. Außerdem ist er verpflichtet, einen Sicherheitsposten mit Horn am Ende der Bühne aufzustellen, um die Arbeiter nicht zu gefährden. So sollte normalerweise verhindert werden, daß während des Saubermachens der Bühne die Bühne mit Zügen befahren wird. Aber all dies ist nicht geschehen. Nun kam aber der Zug in rasender Fahrt während des Arbeitens auf die Kollegen in der Rinne zu. Sämtliche Kollegen konnten sich nur durch einen blitzschnellen Sprung auf die Rampe retten und entgingen damit knapp dem Tode. Durch bewußte Nachlässigkeit hat Erich Baier viele Kollegen in höchste Lebensgefahr gebracht. Das Leben der Putzer scheint diesem Kerl weniger wert zu sein als die schnellere Reinigung der Züge. Wobei noch gesagt werden muß, daß, wenn er eine Peitsche in der Hand haben würde, die Kollegen sich wie Sklaven im Mittelalter vorkommen würden. Die Schubkarre, mit der der Dreck abgefahren werden sollte, verfing sich im Drehgestell des Zuges und wurde völlig zertrümmert. Die Empörung unter den Kollegen war riesengroß, und sie verlangten, daß Erich Baier zur Verantwortung gezogen wird.

Das ist bisher nicht geschehen und damit ist auch gar nicht zu rechnen! Wenn die Putzer aber irgendwann einmal in der Zugreinigung etwas vergessen, bekommen sie sofort ein Protokoll und es wird mit Prozentabzug gedroht, wobei der Personalrat seine Zustimmung gibt. Erich Baier hat vom Personalrat nichts zu befürchten. Wir kennen seine Kumpane im Personalrat doch gut genug, um zu wissen, daß diese Erich Baier helfen werden, die Sache zu vertuschen.

Hier zeigen sich die zwei Seiten des Klassenwiderspruchs zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Auf der einen Seite die steigende Arbeitshetze, wobei bewußt sämtliche Sicherheitsvorkehrungen außer acht gelassen werden; auch ist der Vorfall auf der Waschbühne ein Beispiel dafür, was es bedeutet, wenn bei der DB noch 30 000 Arbeitsplätze wegrationalisiert werden sollen. (Übrigens war die Lok auch nur mit zwei Mann besetzt, obwohl es drei Mann sein sollen.) Auf der anderen Seite die wachsende Kampfbereitschaft der Kollegen gegen den Kapitalismus und seine Handlanger.

Kollegen, wehrt Euch gegen solche mörderischen Absichten und verweigert die Arbeit, wenn keine ausreichenden Sicherheitsvorkehrungen getroffen worden sind. Schließt Euch dazu zusammen. Staat und Gewerkschaft haben kein Interesse an Eurem Leben, denn sie sind Unterdrückungsinstrumente des Kapitals gegen die Arbeiterklasse.

Revisionistisches

EINE VERSAMMLUNG MIT BERLINGUER

Die italienischen Revisionisten mit dem sardischen Großgrundbesitzer Berlinguer an der Spitze gehören zu den prominentesten Vertretern des Revisionismus in Westeuropa. Mit ihrem Verrat an den Prinzipien des Marxismus-Leninismus, der sozialistischen Revolution und den Idealen des Kommunismus sind sie inzwischen zu offenen Verteidigern der kapitalistischen Ausbeuterordnung geworden. Die Dienste, die Berlinguer und Konsorten den italienischen Imperialisten erweisen, sind für diese unschätzbar. Sie sparen deshalb auch weder mit Beifall und Lob noch mit Belohnungen in Form von Pöstchen und warmen Sesseln in den staatlichen Verwaltungen. Die folgende „Versammlung mit Berlinguer"übernehmen wir aus der Nummer 41/42/1976 von „Nuova Unita", Zentralorgan der Kommunistischen Partei Italiens/Marxisten-Leninisten.



Berlinguer: „Ich möchte meine Entschlossenheit bekräftigen, eure Forderungen gegen ihre Ansprüche zu verteidigen . . .!"

Zuschauer: „Recht so!"



Berlinguer: „Wenn ich mich aus taktischen Gründen auch manchmal zu Kompromissen mit ihnen herablassen muß, so ist doch in Wirklichkeit mein einziger Gedanke eure Zukunft . . .!"

Zuschauer: „Sehr richtig!"



Berlinguer: „Damit unser Wohlstand steigt und damit sie es sind, die die Kosten der Krise bezahlen, darum sind wir absolut entschlossen, keinen einzigen Abstrich zu machen . . .



. . . von unseren gemeinsamen Interessen!"

Confindustria ist der Verband der italienischen Kapitalisten.

Nach Steuererhöhung und Rentenskandal

Jetzt will Bonn die Bauern schröpfen

Nach verschiedenen Steuererhöhungen, den Erhöhungen der Krankenversicherungsbeiträge und den Rentenmanipulationen will die Bundesregierung jetzt auch die Bauern noch mehr ausplündern. Finanzminister Apel plant, bei den Bauern und besonders bei den Hunderttausenden Kleinbauern höhere Steuern einzutreiben. Für die Kleinbauern wäre das ein schwerer Schlag. Viele von ihnen würden dadurch gezwungen, ihren Hof künftig, wie schon so viele andere, als Neben- und Zuerwerbsbetrieb zu führen und nicht wenigen würde dadurch endgültig der Hof geraubt werden.

Um diese Ausplünderungspläne zu rechtfertigen, werden in Bonn die unglaublichsten Geschichten verbreitet, die den Eindruck erwekken, als lebten alle Bauern in Saus und Braus. Die Landwirtschaft, so heißt es bei ihnen, sei eine Steueroase, ein wahres Steuerparadies. Gegenüber 1951 habe sich das Steueraufkommen der Landwirtschaft sogar gesenkt. Aber woran liegt denn das? Der Grund liegt darin, daß es bei rund 90% der Bauern, nämlich bei den 800 000 kleinen Bauern kaum noch etwas zu versteuern gibt: Ihr Jahresgewinn liegt unter 15 000 DM – obwohl sie von morgens bis abends schuften und oft sogar die ganze Familie bei der Arbeit eingespannt ist. Soweit hat sie das Kapital, hat sie der kapitalistische Staat mit seinem berüchtigten „Grünen Plan" ruiniert.

Um diese Politik des Bauernlegens zu vertuschen, heißt es in Bonn immer: Wir tun, was wir können, die Landwirtschaft kriegt doch Subventionen über Subventionen, Steuervergünstigungen usw. Wie aber sieht das in Wirklichkeit aus? Nach dem Bericht der Bundesregierung wurden im Jahr 1976 32 Mrd. Steuervergünstigungen gewährleistet, von denen auf die Landwirtschaft 3,6% entfielen. Wer aber profitiert denn von den Steuervergünstigungen, die die Bundesregierung erläßt? Vielleicht die Arbeiter? – Nein, die Steuervergünstigungen gehen ans Großkapital. Nicht anders ist das in der Landwirtschaft.

Da gibt es z. B. die Abschreibungsvergünstigung. Das heißt, das bei der Technisierung eines landwirtschaftlichen Betriebes, bei der Anschaffung von großen Maschinen, Stallungen usw. weniger Steuern gezahlt werden müssen. Welcher der 800 000 Kleinbauern, die einen Jahresgewinn von unter 15 000 DM haben, kann denn solche Anschaffungen vornehmen? Wovon denn? Gehen sie zur Bank, um einen größeren Kredit aufnehmen zu wollen, ernten sie höchstens ein kaltes Lächeln: Auf ihren Höfen lasten bereits hohe Hypotheken. Nach den Statistiken der Bundesregierung ist durchschnittlich jeder Bauer mit 50 000 DM bei den Banken in der Kreide, wofür er im Jahr mehr als 2 000 DM Zinsen zu zahlen hat. Von Anschaffungen, von Abschreibungsvergünstigungen kann da bei den Kleinbauern so gut wie gar nicht die Rede sein. Nicht anders ist das mit den Investitionshilfen von Bund, Ländern und Gemeinden: Sie werden denjenigen Betrieben vor allem gewährt, die damit ihren Profit beträchtlich steigern können, den Betrieben der Großagrarier und Agrarkapitalisten.

Während so die Profite der Agrarkapitalisten auf der einen Seite gesteigert werden, sollen die Kleinbauern zur Kasse getrieben werden. Bisher galt die Regelung, daß die 800 000 Bauern mit einem Jahresgewinn von unter 15 000 DM keine Bücher führen mußten, sondern nach Durchschnittswerten für die Steuer taxiert wurden. Die dafür zugrundeliegenden Wertsätze sollen nach den Plänen der Bundesregierung jetzt erhöht werden. Auch dabei liefert die Regierung demagogische Begründungen: Die geltenden Wertsätze seien 1974 festgelegt und seitdem nicht verändert worden, während das landwirtschaftliche Einkommen sich aber bis 1977 um 40% erhöhen würde.

Tatsächlich sind die steuerlichen Wertsätze für die Kleinbauern seit 1974 nicht erhöht worden. Doch hat sich ihr Einkommen keineswegs um 40% erhöht. Im letzten Jahr lag bei den Kleinbauern die Einkommenserhöhung bei rund 5% und war damit sogar noch höher als im Vorjahr, während die Betriebe der Agrarkapitalisten – zumeist Veredelungsbetriebe – ihre Profite bis über 80% steigerten. Die Durchschnittszahl der Bundesregierung von 40% Einkommenssteigerung „in der Landwirtschaft" soll diese tatsächlichen Verhältnisse lediglich verdecken.

Die geplanten Steuererhöhungen für die über 800 000 Kleinbauern zeigen, daß die Regierung keineswegs „Maßnahmen zur Unterstützung der Landwirtschaft" trifft, wie es immer in Bonn heißt, sondern auch auf diesem Gebiet wie überall eine Politik im Dienst der Kapitalistenklasse betreibt: Während Zigtausende Kleinbauern unter das Existenzminimum gedrückt werden sollen, wird auf der anderen Seite das Großkapital in der Landwirtschaft immer fetter und breiter – auf Kosten von Hunderttausenden Kleinbauern.

Hamburg

7 000 demonstrierten gegen KKW Brokdorf

7 000 Menschen folgten am Samstag einem Aufruf der Bürgerinitiative Unterelbe zu einer Demonstration gegen das geplante KKW in Brokdorf. Die KPD/ML nahm an dieser Demonstration mit einem eigenen Block teil.

Auf der Abschlußkundgebung wurde – wie auch schon bei der Demonstration mit Transparenten und Schildern – betont, daß die Bevölkerung sich keineswegs durch den jetzt gerichtlich verfügten Baustopp des KKW's verwirren lassen darf. Wenn der Bau des KKW verhindert werden soll, betonte ein Redner der Bürgerinitiative, dann darf man nicht auf die Gerichte vertrauen, sondern muß die Sache in die eigene Hand nehmen und die Forderung im Kampf durchsetzen.

Wie notwendig die Wachsamkeit und die Kampfbereitschaft gegenüber den Organen des kapitalistischen Staatsapparates ist, zeigte sich auch bei dieser Demonstration. Bereits bei der Abschlußkundgebung fanden die Demonstranten am Hamburger Gerhardt-Hauptmann-Platz relativ viele Polizisten vor. Zunächst geschah nichts. Die Kundgebung verlief ruhig.

Ungefähr 20 Minuten später aber hatten die Polizisten den Anlaß zum Prügeln gefunden, auf den sie offensichtlich nur gewartet hatten: Weil einige Jugendliche auf nahegelegenen Bürgersteigen anfingen, Parolen zu malen, begannen die Polizisten, den Platz einzukreisen. Über einen Polizeilautsprecher wurde erklärt, die Polizei betrachte die Ansammlung auf dem Platz als eine illegale Kundgebung, die aufgelöst werden müsse. Wenig später rückten weitere Polizeieinheiten zur Verstärkung an. Wasserwerfer bahnten sich rücksichtslos einen Weg durch die Menge, eine wilde Knüppelei gegen die Demonstranten begann, die teilweise einzeln von den Polizisten verfolgt wurden, wenn sie versuchten, von dem Platz wegzukommen. Noch brutaler ging die Polizei wenig später am Hamburger Hauptbahnhof gegen einen kleinen Teil der Demonstranten vor, den sie dorthin getrieben hatte.

Dieses brutale Vorgehen der Hamburger Polizei hat unter der Bevölkerung große Empörung hervorgerufen. Schon jetzt ist klar, daß die Bourgeoisie sich irrt, wenn sie meint, dadurch die Bevölkerung einschüchtern zu können. Das wird sich in der Zukunft auch zeigen.

Kampf den Fahrpreiserhöhungen

Die BOGESTRA, eine der teuersten Straßenbahnen der Bundesrepublik, hat beschlossen, die Fahrpreise zum 1. 2. 77 erneut um ca. 8% zu erhöhen. In den letzten acht Jahren wurden die Straßenbahntarife für die Bevölkerung bereits sechsmal erhöht – jedesmal um 20-25%. Anläßlich der Fahrpreiserhöhungen lud die ROTE GARDE mit einem Flugblatt zu einer Veranstaltung ein. Kurz darauf fand in der Bochumer Innenstadt eine Kundgebung statt. (siehe Foto)



BERICHTIGUNG

In der letzten Nummer des „Roten Morgen" hieß es in einer Unterschrift zu einem Foto über den Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen irrtümlich, daß es sich um ein Bild von Bremen handele. Tatsächlich handelte es sich um ein Foto aus Hannover.

Vom Aufbau des Sozialismus

FRUCHT DES SCHÖPFERISCHEN DENKENS DER ALBANISCHEN WERKTÄTIGEN

Im sozialistischen Albanien, wo die Werktätigen Herren des Landes sind, nimmt immer mehr ihr Interesse zu, die sozialistische Wirtschaft fortwährend zu stärken, indem sie das revolutionäre Prinzip, sich auf die eigenen Kräfte zu stützen, in die Tat umsetzen. Unser Korrespondent besuchte kürzlich eines der Werke der Hauptstadt, nämlich das Elektromechanische Werk, wo er sich umsah, wie die Herstellung von Ersatzteilen und Ausrüstungen für den Bedarf der verschiedenen Zweige der Wirtschaft vor sich geht.

Bereits am Werkstor, erzählt unser Korrespondent, lenkte eine in großen Buchstaben geschriebene Losung die Aufmerksamkeit auf sich. Dort stand: „steigern wir die Produktion, verringern wir den Import und zerschlagen wir die Blockade!" Das ist die einstimmige Verpflichtung der Arbeiter dieses Werks. Bei unserem Besuch in den Abteilungen des Werkes trafen wir mit Arbeitern verschiedener Berufe zusammen, die über die Ergebnisse berichteten, die sie bisher erzielt haben, und erzählten, wie sie die Arbeit begonnen haben, um die Aufgaben des zweiten Jahres des 6. Fünfjahrplans 1976-1980 zu erfüllen. Der Gewerkschaftsvorsitzende des Werkes, Agim Rexha, berichtete uns:

„Im vergangenen Jahr produzierten wir zum ersten Mal eine Reihe Artikel, Maschinen und Ausrüstungen, die früher eingeführt wurden, wie z. B. Transformatoren mit einer Leistung von 3 200 Kilovolt/Ampere, Elektromotoren, verschiedene Typen Gleichrichter, Umspannstationen, Schaltpulte, elektrische Anlagen für die Erzanreicherungsfabriken, die im vergangenen Fünfjahrplan in Albanien gebaut worden sind usw..

Im laufenden Jahr wird der Import von elektrischen Ausrüstungen und Maschinen weiter verringert und die Spannbreite unserer Erzeugnisse ausgeweitet werden. 20% der Gesamtproduktion des Jahres 1977 werden neu hergestellte Erzeugnisse sein. Bis zum Ende des 6. Fünfjahrplans werden wir alle elektrischen Ausrüstungen und Maschinen sowie die dafür nötigen Ersatzteile herstellen und damit endgültig den Import von elektrischen Ausrüstungen und Maschinen überflüssig machen."

In diesem Fünfjahrplan wird das Kollektiv dieses Werkes z. B. folgende Ausrüstungen herstellen: Turbinengeneratoren, neue Typen von Elektromotoren, Kondensatoren, Industrieaufzüge usw. Die meisten Vorschläge, die sich zum Ziel setzten, den Import überflüssig zu machen, kamen von Arbeitern und Technikern, die direkt in der Produktion arbeiten. Das zeigt, daß die albanischen Werktätigen, geführt von der Partei, mit vervielfachten Kräften immer mehr in die wissenschaftlich-technische Revolution eindringen und daß sie alles können, genauso wie die Arbeiter in Ländern, die größere Traditionen auf diesem Gebiet haben. Eine wichtige Quelle des Ansporns sind auch die historischen Beschlüsse des 7. Parteitages der PAA, die neue Entwicklungsperspektiven erschließen. Dazu sagte die Arbeiterin der Gleichrichterabteilung, Lida Meço:

„Wir nehmen die Direktiven des 7. Parteitages der PAA für den 6. Fünfjahrplan, der der Steigerung der Produktion auf der Grundlage des Prinzips, sich auf die eigenen Kräfte zu stützen, große Perspektiven erschließt, sehr begeistert auf. Das schöpferische Denken der Werktätigen nimmt parallel zum Anwachsen unserer Erfahrung, der Erhöhung des fachlich-technischen und Bildungsniveaus im Einklang mit den Erfordernissen der Zeit immer mehr zu. In unserem Werk werden von diesem Jahr an auch Ausrüstungen für den Export hergestellt werden."

Das waren nur einige der Erfolge dieses Kollektivs. Auch andere Werktätigen-Kollektive überall im Land, die sich der Bewegung „Arbeiten, kämpfen und leben wir wie im Belagerungszustand" angeschlossen haben, untersuchen mit revolutionärer Entschlossenheit, wie im stets zunehmenden Maß damit Schluß gemacht werden kann, daß viele Dinge aus dem Ausland kommen, die im Land hergestellt werden können. So wurde eine engere Zusammenarbeit zwischen den Arbeitern und dem ingenieur-technischen Personal hergestellt und zwar ausgehend von dem gemeinsamen Ziel, das sozialistische Vaterland zu stärken und den unabhängigen Charakter unserer Volkswirtschaft zu festigen.

Angeblich in Papierfetzenhaufen getreten

4 200 DM Geldstrafe

Am 13., 15. und 22. 10. 76 fand im Justizpalast in München die Berufungsverhandlung gegen den Genossen Thomas K. wegen „Widerstand gegen die Staatsgewalt" statt.

Wie schon im „Roten Morgen" Nr. 9/76 berichtet, wurde der Genosse, der von Beruf Arzt ist, in erster Instanz zu 70 Tagessätzen à 60 DM verurteilt. Wie war es dazu gekommen? Bereits im Sommer 1975 war der Genosse angeklagt, eine antimilitaristische Zeitung vor einer Kaserne in Kempten verteilt zu haben. Er mußte im Prozeß mangels Beweisen freigesprochen werden. In seiner Schlußrede charakterisierte Thomas die Bundeswehr als imperialistische Armee und schilderte aus eigener Erfahrung die Korruption, die moralische und geistige Fäulnis, die in dieser Armee herrschen. Das Klassengericht, betroffen über die „Verächtlichmachung" der Kollegen aus der Bundeswehr, ließ über den Staatsanwalt die Unterlagen des Genossen beschlagnahmen, um eine neue Anklage zu basteln. Der Genosse zerriß aber die Blätter und warf sie in Richtung der Zuschauer. Da vergaß Staatsanwalt Krapf seine Amtswürde und versuchte, einzelne Papierschnitzel zu erhaschen. Er kündigte eine Anzeige wegen „Beleidigung und Verächtlichmachung der Staatsorgane" an. Anscheinend war das Beweismaterial nun zu mager oder scheute die Klassenjustiz einen Prozeß, in dem es um die Linie der KPD/ML zur Bundeswehr geht — auf jeden Fall aber sollte der Kommunist „eins drauf kriegen". Deswegen wurde nun im nachhinein eine sogenannte Widerstandshandlung konstruiert. So soll der Genosse in einen Papierfetzenhaufen, den der Staatsanwalt auf dem Boden zusammenwischte, getreten haben, „so daß der Staatsanwalt die Hände zurückziehen mußte, um nicht getroffen zu werden".

Im ersten Prozeß im Februar wurden die Märchen des Herrn Staatsanwalt natürlich als Tatsache gewertet. Begründung: Ein Staatsanwalt könne nicht lügen, er setze ja damit seine Karriere aufs Spiel. Die beiden Zeugen, zwei Rechtsanwälte, wurden als unglaubwürdig hingestellt, da sie (wörtlich) „gerichtsbekannt häufig als Verteidiger in sogenannten politischen Prozessen der sogenannten linken Szene, zu der auch der Angeklagte zu rechnen ist, auftreten". Bei der Bestrafung wurde der „Grundsatz der Generalprävention straferschwerend berücksichtigt". An anderer Stelle hieß es: „Ein derart dreistes Handeln gegen einen in öffentlicher Gerichtssitzung tätigen Staatsanwalt in Robe erfordert zur Abschreckung potentieller weiterer Täter und zur Aufrechterhaltung der Rechtstreue der Bevölkerung eine empfindliche Strafe."

In der Berufungsverhandlung jetzt sagten 7 Zeugen aus, daß sie den angeschuldigten Tritt mit Sicherheit nicht gesehen hätten. Nur Staatsanwalt Krapf, dessen Gedächtnis im übrigen äußerst getrübt war, hielt krampfhaft am besagten Tritt fest. Mancher Zuschauer glaubte nun, die Klassenjustiz müsse nun wohl oder übel einen Freispruch zulassen. Aber weit gefehlt! Das Urteil stand schon lange fest: Schuldig, da Kommunist.

Daß die Verurteilung beschlossene Sache war, gab Richter Kaiser ungewollt selbst zu. Während der Verhandlung bot er ein schmutziges Geschäft an: Wenn der Genosse sich bei der Staatsanwaltschaft entschuldigt und 2 000 DM Buße zahlt, wird das Verfahren eingestellt. Der Richter bezeichnete diesen Handel als goldene Brücke, die er anbiete. Was heißt das anderes als: Entweder du schluckst den Köder, oder du wirst verurteilt. Einen Freispruch gibt es nicht. Der Genosse wies natürlich dieses „reumütige Schuldbekenntnis" empört von sich. Die Begründung der Verurteilung, bei der der Angeklagte und die Zuschauer den Saal verließen, lief darauf hinaus, daß alle Zeugen nicht mehr so sicher seien, der Staatsanwalt sich aber genau an den Tritt erinnern könne. So wurde das erste Urteil bestätigt: Zahlung von 4 200 DM Strafe und der Gerichtskosten. Durch Eintrag in das polizeiliche Führungszeugnis soll auch ein Berufsverbot angesteuert werden.

Die zahlreichen Zuschauer waren empört über diese Gesinnungsjustiz. Ihnen wurde noch klarer, daß diese Justiz gegen das Volk und den Kommunismus eingesetzt wird, daß sie den Auftrag hat, die kapitalistische Ausbeuterordnung abzusichern. Die Empörung wird umgewandelt werden in verstärkten Kampf — zur Stärkung der ROTEN HILFE und der Partei.

Manfred Gleißner muß Heimleiter bleiben

Genosse Manfred Gleißner hat seit April 1976 in dem kleinen Städtchen Neukirchen-Vluyn als Leiter des dortigen Jugendheims gearbeitet. Er ist Kommunist. Deswegen schickten ihm die Gemeinderäte am Jahresende die Kündigung zum 31. Januar. Unter den Jugendlichen war die Empörung darüber sehr groß. Unter der Parole „Manfred Gleißner muß Heimleiter bleiben" organisierten sie gemeinsam mit der ROTEN GARDE den Kampf gegen seine Entlassung. Sie klebten Wandzeitungen und 30 von ihnen demonstrierten am 8. Januar mit selbstgemachten Transparenten durch die Stadt (unser Bild). Um noch größere Solidarität zu verhindern, hat der Gemeinderat seit einer Woche das Heim geschlossen. Die Jugendlichen lassen sich aber weder dadurch noch durch andere Repressalien einschüchtern.

Staatsanwalt droht Journalisten mit Beugehaft

Dem Journalisten Joachim Kohlstedt, Lokalredakteur bei der „Norddeutschen Rundschau" in Itzehoe, droht die Staatsanwaltschaft mit Beugehaft. Die Staatsanwaltschaft hatte von Kohlstedt verlangt, er solle alle Negative der Filme, die er bei der letzten Demonstration in Brokdorf aufgenommen habe, für Ermittlungsverfahren (die Staatsanwaltschaft Itzehoe führt 140 Ermittlungsverfahren wegen der Kämpfe in Brokdorf) zur Verfügung stellen. Weil der Journalist sich weigerte, drohte ihm die Staatsanwaltschaft mit Beugehaft. Diese Drohung konnte aber bisher den Journalisten nicht einschüchtern. Er erklärte gegenüber der „Frankfurter Rundschau": „Von mir wird kein Negativ herausgegeben, eher gehe ich in Beugehaft."

Dies ist keineswegs das erste Mal, daß die Staatsanwaltschaft Journalisten als Informanten für ihre Ermittlungstätigkeiten einsetzt. In der Regel wird diese Zusammenarbeit zwischen Polizei und Journalisten allerdings nicht bekannt. Man erfährt nur dann davon, wenn, wie in diesem Fall, sich Journalisten dagegen zur Wehr setzen und sich weigern, als verlängerte Arme der Justiz zu fungieren. Ein ähnlicher Fall ereignete sich 1974 in Westberlin, als Beamte der politischen Polizei die Räume einer Westberliner Pressephoto-Agentur durchsuchten und Photomaterial über Auseinandersetzungen zwischen Studenten und Polizei an der FU beschlagnahmten. Auch hier ging es der Polizei darum, Material für Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft zu beschaffen. Ebenfalls von der Polizei beschlagnahmt wurde Filmmaterial über die Demonstration zum Roten Antikriegstag in München 1972. Gleichzeitig wurde hier Photomaterial der „Bild"-Zeitung in den Prozessen gegen Demonstranten verwendet.

Wie gesagt, dies sind nur einige wenige bekanntgewordene Fälle. Sie zeigen aber bereits, was es mit der „Freiheit der Presse" auf sich hat.

Wie „frei" die Presse ist, bestimmt der Staatsanwalt. Und diese „Freiheit" hört in unserer vielgepriesenen „freiheitlich-demokratischen Grundordnung" bereits da auf, wo sich ein Journalist weigert, der Staatsanwaltschaft dabei zu helfen, Anklageschriften gegen Demonstranten zusammenzuzimmern.



KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

MARBURG

Am 13. 1. 77 lief in Marburg ein Prozeß wegen „Falschaussage" gegen einen Entlastungszeugen aus einem der Marburger Löwenthal-Prozesse. Rund 50 Zuschauer waren gekommen. Sie erhielten aber nur beschränkt — mit Platzkarten — Einlaß. Außerdem fand die Verhandlung von Anfang an unter Polizei„schutz" statt. Im Prozeß konnte gezeigt werden, daß der Vorwurf der „Falschaussage" gegen den Angeklagten auf erlogenen Aussagen von Polizisten im gleichen Prozeß beruhte. Einem der Polizeizeugen konnte sogar nachgewiesen werden, daß er in diesem Prozeß wegen „Falschaussage" das genaue Gegenteil dessen vorbrachte, was er im früheren Löwenthal-Prozeß ausgesagt hatte. Angesichts dieser Entlarvung der Anklage sah sich das Gericht gezwungen, das Verfahren einzustellen.

MÜNSTER

Am 10. 1. 77 fand in Münster ein Prozeß gegen Harald B. vor dem Amtsgericht statt. Der Genosse war angeklagt, weil er ein Flugblatt der RHD im Zusammenhang mit Routhier-Prozessen verteilt haben soll und weil er bei einer angemeldeten Kundgebung eine Parole zum Tod des Genossen Günter Routhier angestimmt haben soll. (Der Genosse, der der Polizei bekannt ist, wurde damals nicht festgenommen, sondern bekam nachträglich eine Anzeige ins Haus geschickt.) Der Genosse wurde zu 1 200 DM Geldstrafe verurteilt.

Prozeß in Stammheim:

Prinzing musste gehen

Ausgerechnet über einen der vom Gericht bestellten Zwangsanwälte in Stammheim stürzte der bisher den Vorsitz führende Richter Prinzing endgültig. Auf den 85. Befangenheitsantrag der Verteidigung hin, in dem festgestellt wurde, daß Prinzing einem der Pflichtverteidiger gegenüber erklärt hatte, daß es schließlich einen Unterschied mache, ob die Vertrauensanwälte der Angeklagten oder die vom Gericht bestellten Anwälte einen Antrag stellen, mußte Prinzing gehen.

Seit einigen Wochen allerdings war die Ablösung Prinzings nur noch eine Frage der Zeit gewesen. Zu offen hatte Prinzing für jedermann deutlich werden lassen, daß es in dem Prozeß in Stammheim keineswegs darum geht, „Gerechtigkeit" zu praktizieren, sondern darum, die Angeklagten der RAF auf Jahrzehnte oder sogar lebenslang ins Gefängnis zu bringen.

In letzter Zeit waren es vor allem die bekanntgewordenen Absprachen mit dem übergeordneten Richter Mayer vom Bundesgerichtshof und die Weiterleitung von Akten an ihn, die der „Welt" für einen Propagandafeldzug gegen Rechtsanwalt Schily übergeben werden sollten, die dies deutlich machten. Der Richter des Bundesgerichtshofes Mayer mußte bereits auf Grund dieser Enthüllungen durch den Stammheimer Verteidiger Heldmann gehen. Prinzing dagegen wurde auch zu diesem Zeitpunkt noch für „unbefangen" erklärt. Erst als er daraufhin als Racheaktion Rechtsanwalt Heldmann die Pflichtverteidigung entzog und so versuchte, ihn als Verteidiger auszuschalten —, da blieb selbst der Klassenjustiz, die bisher stets beide Augen zugedrückt hatte, nichts anderes übrig, als Prinzing für befangen zu erklären.

Zweifellos ist dies eine gewaltige Schlappe für die westdeutsche Justiz. Aber für die Angeklagten in Stammheim wird sich dadurch nichts ändern. Prinzing mußte nicht deshalb gehen, weil er in einem bisher beispiellosen Terrorprozeß Angeklagte wegen ihres Hasses auf den imperialistischen Staat ins Gefängnis bringen wollte; nicht deshalb, weil sein Name verbunden ist mit dem Tod von Holger Meins und Ulrike Meinhof, nicht deshalb, weil er die Angeklagten jahrelang in Isolationshaft hielt, ihre Gesundheit zerrüttete. Dazu war er ja extra ausgesucht worden. Er mußte gehen, weil er das schmutzige Geschäft der Bourgeoisie gegenüber den Angeklagten der RAF zu offen betrieb, selbst die reaktionären Gesetze des kapitalistischen Staates wieder und wieder mit Füßen trat. Das allein ist es auch, was ihm die bürgerliche Presse jetzt anlastet.

Es ist kaum glaublich, aber wahr. Die gleichen bürgerlichen Zeitungen, die Prinzing als „ehrenwerten" Mann verteidigten, als er Holger Meins sterben ließ, die ihm bei seinen Beschlüssen zur Isolationshaft Schützenhilfe gaben, die seine Angriffe auf die Verteidiger der Angeklagten deckten und dies alles vollkommen im Einklang mit „Gerechtigkeit" und „fairem Prozeß" fanden, — diese gleichen Zeitungen spielen sich jetzt als „Anwälte der Gerechtigkeit" auf, wenn Prinzing die formalen Spielregeln der bürgerlichen Justiz zu offen mißachtet. Für sie ist die Ablösung Prinzings durch einen anderen Richter in Wahrheit nichts anderes als ein willkommener Anlaß, um auf diese Weise einen Beitrag zu dem bevorstehenden Urteil in Stammheim zu leisten. Indem sie die Annahme des Befangenheitsantrags gegen Prinzing als Beweis dafür hochjubeln, daß der „Rechtsstaat" auch den Gefangenen der RAF „Gerechtigkeit" widerfahren lasse, daß man ihnen einen „fairen Prozeß" zubillige, versuchen sie vor dem nun bald bevorstehenden Urteil in Stammheim davon abzulenken, daß hier nach einem bisher beispiellosen Prozeß ein bisher beispiellos terroristisches Urteil gegen politische Gefangene gefällt werden soll. Denn dieses Urteil steht nach wie vor fest. Gewechselt haben nur die Personen, die es verkünden werden.

Spenden

Auf die Spendenkonten des Parteivorstandes gingen bis zum Jahresende 1976 folgende Spenden ein:

Spenden für den „Roten Morgen"

Datum	Spender	Betrag
2.11.	Arbeitertreff Altona	46,00
3.11.	Buchladen Bochum	67,61
3.11.	Buchladen Hamburg	132,50
12.11.	Sympathisanten bei Phönix, Dortmund	90,00
29.11.	Feier zum 7. Parteitag der PAA, Duisburg	210,00
6.12.	Wohngemeinschaft Ludwigshafen	60,00
	Gesamt	**606,11**

Sonstige Spenden

Datum	Spender	Betrag
19.10.	H.H. Friedrichsdorf Kambodscha	100,00
19.10	KSB/ML Westberlin Polen	70,17
3.11.	H.H. Friedrichsdorf Kambodscha	100,00
15.11.	Schweizer Verlag „Rote Fahne", Polen	827,64
24.11.	P.W. Immenstaad Kambodscha	50,00
29.11.	Spende aus Dortmund Kambodscha	96,00
15.12.	N.S. Bremen, Polen	100,00
15.12.	Lehrergruppe Lankwitz, W-Berlin, FPOLISARIO	100,00
	Gesamt	**1 443,81**

Im Jahr 1976 gingen auf die Spendenkonten der Partei insgesamt folgende Spenden ein:

Spenden	Betrag
Spenden für die KPD/ML	25 483,48
Spenden für die KPD/ML, Sektion DDR	23 481,15
Solidaritätsspenden	14 712,29
Spenden für den „Roten Morgen"	5 600,42
Spenden für Azania	9 846,55
Spenden für die FRAP und PCE/ML	1 542,60
Spenden für Kambodscha	2 514,68
Spenden für die KP Polens	1 906,19
Sonstige Spenden	200,00
Gesamt	**85 287,36**

Solidaritätsspenden

Datum	Spender	Betrag
22.11.	Arbeitertreff Hamburg-Altona	47,00
24.11.	P.W. Immenstaad	50,00
29.11.	RG Dortmund	126,50
29.11.	Veranstaltung Dortmund	182,52
1.12.	RG Bergstraße für Bernd Woitalla	152,50
6.12.	Arbeitertreff Altona RM-Prozesse	20,00
6.12.	Arbeitertreff Altona RM-Prozesse	32,00
6.12.	Bürgerinitiative Heppenheim gegen das KKW in Biblis für B. Woitalla	63,27
6.12.	Veranstaltung Dortmund	215,00
6.12.	Spende aus Dortmund, RM-Prozesse	50,00
6.12.	H.M. Dortmund	20,00
6.12.	H.H. Gießen	100,00
9.12.	Solidarität mit Brokdorf, OG Münster	295,00
10.12.	Stammtisch Braunschweig für Bernd Woitalla	43,00
13.12.	Sammlung an der Uni Mainz für Bernd Woitalla	30,00
13.12.	Doppelkopfrunde, Münster	80,00
14.12.	OG Mannheim	400,00
14.12.	Stammtisch W'Berlin-Neukölln für Bernd Woitalla	81,00
14.12.	Diskussionskreis Marburg für B. Woitalla	25,00
15.12.	KSB/ML-Veranstaltung Brokdorf für verletzte und verfolgte Kämpfer	50,00
15.12.	N.S. Bremen RM-Prozesse	10,50
20.12.	Veranstaltung Duisburg für B. Woitalla	150,00
27.12.	U.M. Hannover, Sammlung unter Freunden und Bekannten für RM-Prozesse	53,50
28.12.	P.K. München	200,00
29.12.	Krankenhäuser Süd Westberlin	36,50
29.12.	Krankenhäuser Süd W'Berlin für Bernd Woitalla	65,00
	Gesamt	**2 578,29**

Korrespondenzen

Redaktion „ROTER MORGEN" Wellinghofer Str. 103 Postfach 30 05 26 4600 Dortmund 30

'Die Frau versäumt ja nichts mehr'

Unsere 68jährige Tante ist vor einem dreiviertel Jahr mit einer Nervenentzündung an Händen und Beinen in die Nervenklinik in Kaufbeuren (Bayern) eingeliefert worden. Daß sie dort noch lebend rausgekommen ist, hat sie einem Verwandten zu verdanken.

Das einzige, was sich dort Behandlung nannte, waren unzählige Mengen von Tabletten, die man ihr verabreichte. Nachdem sie merkte, daß sich ihr Zustand ständig verschlechterte, versteckte sie die Tabletten in ihrem Nachttisch. Das wurde bemerkt und sie bekam darauf alle Tabletten – ungefähr 25 Stück – auf einmal in den Mund gesteckt und mußte sie schlucken.

Ihr Gesundheitszustand verschlechterte sich ständig. Sie konnte keine Nahrung mehr zu sich nehmen und wußte bald nicht mehr, was mit ihr geschieht, sie könnte sich kaum noch bewegen und erkannte nicht mal mehr ihre beste Freundin. Einmal klingelte sie nach der Schwester, um auf die Toilette begleitet zu werden, aber niemand kam. Sie wollte sich dann selber hinschleppen, um nicht ins Bett zu machen und brach auf dem Gang zusammen. Dabei fiel sie so unglücklich, daß sie sich einen Fuß ausrenkte, der dadurch völlig verdreht war. Sie rief um Hilfe, was man aber erst nach einiger Zeit bemerkte, den Fuß hatte sie sich inzwischen selbst wieder eingerenkt. Sie bat um einen kalten Umschlag für ihren Fuß, aber offensichtlich glaubte man ihr wohl nicht und ließ sie so liegen. Ein Verwandter von ihr verlangte dann die sofortige Verlegung von ihr ins Kreiskrankenhaus, da er der Meinung war, daß sie das Institut dort nicht mehr lebend verlassen würde. Die Frau war sonst nie krank gewesen.

Der Chefarzt der Nervenklinik sagte nur: „Die Frau versäumt ja nichts mehr." Der Verwandte bestand aber auf der Verlegung und sie erfolgte dann auch. Im Kreiskrankenhaus stellte man fest, daß ihr Magen völlig zerfressen war und ihr mußte dreiviertel des Magens wegoperiert werden. Aufgrund ihrer starken Willenskraft lernte sie dort sich wieder zu bewegen und auch wieder zu laufen.

Sie bemerkte anschließend auch, daß ihr in der Nervenklinik verschiedene Gegenstände und auch Geld gestohlen wurden.

Heute kann die Frau nur noch am Stock in ihrer Wohnung umherlaufen und ist auf eine Hilfe im Haushalt angewiesen, wofür sie natürlich bezahlen muß. An diesem Beispiel wird die „Gesundheitsversorgung" bei uns im Kapitalismus deutlich. Alte Menschen haben ja laut Chefarzt nichts mehr zu versäumen.

Rot Front! Genossen aus Westberlin.

Atomraketen bei der Bundeswehr

Vor kurzem hatte ich ein Gespräch mit einem Soldaten, der als Funker bei einer Raketen-Artillerieeinheit stationiert war. Er erzählte, daß die Einheit mit atomaren Mittelstreckenraketen ausgerüstet ist. Das gesamte Personal, das für die Wartung und den Abschuß der Raketen notwendig ist, wird von der Bundeswehr gestellt. Auch die Wachmannschaften, die die Station und die Bunker mit den Atomsprengköpfen bewachen, sind von der Bundeswehr. Er sagte, daß es in der Einheit nur wenige englische Offiziere gibt, um nach außen den Eindruck zu erwecken, die Atomwaffen würden ihrer Kontrolle unterstehen.

Eine Einheit hat immer Sofortbereitschaft. Ihre Raketen sind dann fix und fertig mit Atomsprengköpfen montiert, die Ziele in die Computer einprogrammiert, so daß sie in wenigen Sekunden gestartet werden können, noch ehe sie durch einen eventuellen Überraschungsangriff vernichtet werden könnten.

Rot Front, ein Genosse.

Guter Verkaufserfolg

Liebe Genossen!

Wir wollen Euch einen kurzen Bericht über unsere Erfahrungen mit dem „Roten Morgen" Nr. 2/77 (NATO-Übung: Atombombe auf Schleswig-Holstein) senden. Wir besuchten mit diesem „Roten Morgen" alle Sympathisanten und Bekannte, die eventuell Interesse haben könnten. Auf diese Weise erreichten wir viele, die den „Roten Morgen" sonst nicht regelmäßig erhalten. Während wir sonst jede Woche vor einer Schule verkaufen, gingen wir diesmal während der Pause in den Aufenthaltsraum und sprachen die Schüler an. Der Erfolg war ausgezeichnet. Wir verkauften 18 „Rote Morgen" und 4 Broschüren über den Kampf in Brokdorf, die wir ebenfalls zum Verkauf mitgenommen hatten. Die Schüler warnten uns vor einigen vorbeikommenden reaktionären Lehrern und sorgten so mit dafür, daß wir ungehindert verkaufen konnten. Der Schulleiter, der früher einmal einen Genossen bei der Polizei verpfiffen hat, weil eine Wandzeitung zur Ermordung von Holger Meins aufgehängt wurde, hat sich sicher gewundert, weshalb plötzlich so viele „Rote Morgen" in der Schule aufgetaucht sind.

Rot Front!

ROTE GARDE Buxtehude.

Eintritt für Afrikaner verboten

Ich kam neulich mit einem Afrikaner ins Gespräch, der mir folgende Begebenheit erzählte, als wir uns über den rassistischen Film „Unternehmen Entebbe" unterhielten:

Er kam zufällig an einem Kino vorbei, in dem dieser Film gespielt wurde. Nachdem er sich die Bilder angeschaut hatte, fragte er an der Kasse, wieviel denn der Eintritt koste. Aufgeschreckt sprang die Kassiererin auf, stammelte: „Der, der Film beginnt doch erst in 1 1/2 Stunden ..." und verschwand aus dem Kassenraum. Kurz darauf wurde dem verdutzten Afrikaner von hinten eine Hand auf die Schulter gelegt und eine Kripomarke unter die Nase gehalten. Er fand sich zwei Zivilen gegenüber, die sorgfältigst seine Personalien aufnahmen, ihn von oben bis unten untersuchten und ihn schließlich laufen ließen mit der Bemerkung: „Du kommst hier sowieso nicht rein." Der Afrikaner, der natürlich schon vorher empört war über den faschistischen Überfall der israelischen Zionisten auf Uganda, mußte jetzt feststellen, daß die rassistische Hetze, die in dem Film „Unternehmen Entebbe" betrieben wird, keineswegs nur auf den Film beschränkt ist.

Rot Front!

Ein Genosse aus Frankfurt.

Im Alter von 28 Jahren verstarb am 22. Januar nach langer schwerer Krankheit unser Genosse

Günter Schmidt.

Genosse Günter Schmidt war seit über einem Jahr Mitglied unserer Partei. Trotz seiner schweren Krankheit setzte er sich unermüdlich für den Sieg der sozialistischen Revolution, für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland ein.

Ortsgruppe Gießen der KPD/ML

Manöver 'Schneller Zug' in Bergen-Hohne

Drill und Schikane, um die Soldaten fertigzumachen

Für rund 10 000 Soldaten aus Kasernen in der Nähe des Ruhrgebiets begann das neue Jahr mit einem 14tägigen Aufenthalt auf dem Truppenübungsplatz in Bergen in der Lüneburger Heide. Vom 7. bis 10. Januar fand dort das Manöver „Schneller Zug 77/I" statt.

Zwei Panzerbrigaden mit verschiedenen Infanterie- und Panzerbataillonen wurden aufeinandergehetzt. Bei schweren Bedingungen – Schnee, Regen, Matsch und Kälte im versumpften oder bergigen Waldgelände – wurde keinerlei Rücksicht auf Leben und Gesundheit der Soldaten genommen. Dieser „Härtetest", wie die Übung vom Stab der 7. Panzergrenadierdivision aus Unna genannt wurde, sah für die Soldaten so aus:

Während des Manövers wurden die Soldaten bis an die Grenzen ihrer Kräfte belastet. Keine Stellung, kein Ort wurde lange gehalten. Immer wieder mußten Panzergrenadiere und Jäger sich irgendwo eingraben, dann hieß es wieder: „Neue Stellungen da und da, Spaten frei – eingraben!" Panzereinheiten jagten von einer Grenze des Übungsplatzes zur anderen – Tag und Nacht. Andere Soldaten machten lange Märsche mit schweren Waffen und Gerät durch ein vom plötzlichen Wetterumschwung total aufgeweichtes Gelände, bei Schneeregen und eisigem Wind. Immer wieder befahlen die Offiziere bestimmte Einlagen wie: „MG-Feuer von vorn!" – und alles lag im Schlamm.

Der Divisionskommandeur, General Senger von Etterlin, wollte, wie er der Presse sagte, „Bewegung sehen". Soldaten, die ihn einmal in einem Panzer sahen, als er ihnen im Gelände zuschaute, haben auch gesehen, wie hinter dem nächsten Hügel ein Hubschrauber landete, um ihn aufzunehmen. Das war seine Art der Fortbewegung. Für die Soldaten hieß das aber in den vier Tagen andauernder Stellungswechsel, egal ob bei Tag oder Nacht. Ganze Gruppen waren tagelang von der Versorgung abgeschnitten und bekamen nichts zu essen. Dabei entstand ein Riesenchaos, das die Lage noch verschlimmerte. Da brausten Panzer von hinten an Schützengräben mit Grenadieren heran, Kradmelder und Spähtrupps waren in dauernder Lebensgefahr.

Als Hunderte schwerer Kettenfahrzeuge, Tausende Soldaten kreuz und quer durch das Übungsgelände gejagt wurden, kam es zu vielen schweren Unfällen. Jeder, der dabei war, hörte von schweren Unfällen, und wer dieses Manöver miterlebte, der wußte auch, daß es so kommen mußte: Einem Grenadier werden in einer Schützenmulde von einem Leopard-Panzer beide Beine abgefahren, ein Kradmelder wird von einem Panzer überrollt, ein Panzer wird mit scharfer Munition beschossen. Die Generäle und Offiziere, die bürgerliche Presse schweigen bis heute zu diesen Unfällen. **Aber die Soldaten wissen, daß einige Kameraden diese Übung nicht überlebt haben.**

Viele haben erkannt, wozu solche Übungen da sind. Es ist der Krieg, der hier geprobt wird, der Krieg einer imperialistischen Armee, in dem die Soldaten nichts als Kanonenfutter sind. So fragten Soldaten auch oft nicht nach dem Übungsende, sondern: „Wann ist dieser Krieg vorbei!"

Viele Kompaniechefs und Offiziere versuchten den Soldaten zu erzählen, es herrschten nun mal außergewöhnliche Bedingungen, es sei ein Ausnahmefall – ihnen „würde es auch stinken". Das ist frech gelogen. Der ganze Truppenübungsplatz und die dort herrschenden Bedingungen sind dazu da, die Soldaten in extremen Situationen in den „Griff" zu kriegen, zu unterdrücken und fertigzumachen, damit man sie auch für den Krieg gebrauchen kann.

Die meisten Einheiten lagen dort in Zelten auf den Biwakplätzen. Bei den festen Unterkünften handelt es sich vor allem um alte Holzbaracken. In kleinen Räumen sind bis zu 16 Mann untergebracht. Die hygienischen Zustände sind miserabel. Zum Waschen gibt es einige alte Tröge mit kaltem Wasser, die Toiletten sind hölzerne Plumpsklos über großen Jauchegruben. Die Feldküchen, die dort für die Soldaten kochen, arbeiten ganz eindeutig auf „Sparflamme", auch hier verlangt man den Soldaten das Letzte ab, wenn sie satt werden sollen. **„Ihr sollt nicht satt werden, sondern überleben", das ist die Devise.**

Die Bundeswehr hat hier Schießplätze für alle schweren Waffen. Es gibt ein Panzererprobungsgelände für Neuentwicklungen. Ab und zu kann man dort auch russische Panzer sehen, die hier von NATO-Einheiten getestet werden – Beutestücke der israelischen Zionisten. Weiter gibt es riesige Sprengplätze und Anlagen zum Ausprobieren aller möglichen Phosphorwaffen. 120 000 DM pro Tag kostet der Unterhalt allein für Bergen, der nur ein Truppenübungsplatz im norddeutschen Raum ist, neben Munster und Putlos und vielen anderen in weiteren Teilen der Bundesrepublik.

Über den Truppenübungsplatzaufenthalt und das Manöver herrscht große Empörung unter den Soldaten. Sie haben gemerkt, daß es hier nicht um Ausbildung ging, wie die Offiziere behaupteten, sondern daß sie fertiggemacht werden sollten, damit sie alles, bis zu ihrer Gesundheit und ihrem Leben, für die Bundeswehr aufs Spiel setzen. Die meisten Soldaten haben ganz einfach die Schnauze voll vom Bund. Viele haben sich nach der Übung aus Protest erstmal krank gemeldet. Etwas mitbekommen hat jeder, und wenn's nur eine Erkältung war. „Vorerst erst mal ohne mich", dachten sie zurecht, und die Sanitäter hatten soviel zu tun wie noch nie. Aus der großen Empörung über den Drill und die Schikanen, über das, was sie erlebt haben, wächst auch der Widerstand unter den Soldaten. Und viele fragen jetzt, wie man sich wehren kann, und wie man den Kampf führen muß. Einige Soldaten haben es sich zur Aufgabe gestellt, die genauen Umstände und die Wahrheit über die schrecklichen Unfälle ans Licht zu zerren und die Verantwortlichen anzuprangern.

In Bergen-Hohne wird der „Ernstfall" geprobt, das aber heißt, wie die Übungen und die Gegebenheiten dort zeigen, daß alles getan wird, um die Soldaten zu Kadavergehorsam zu erziehen, sie in jeder Hinsicht fertigzumachen, um sie eines Tages wieder für die verbrecherischen Ziele des westdeutschen Imperialismus auf die Schlachtfelder schicken zu können.

'Danzig' in Bergen-Hohne

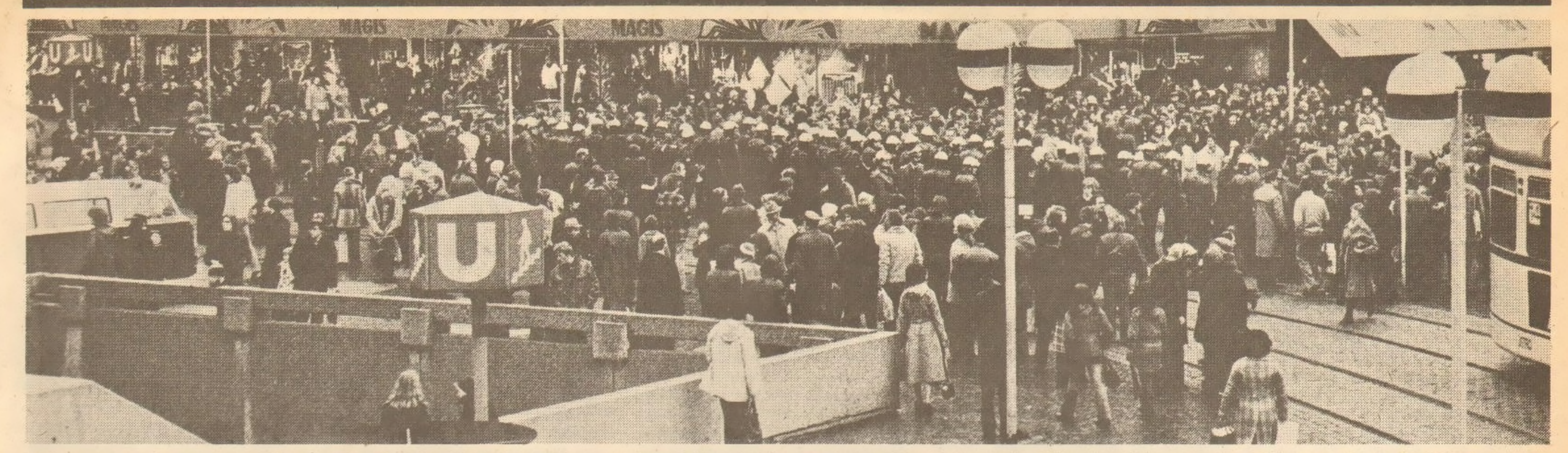


Auf diesen Auszügen aus dem Meßtischblatt für den Nato-Schießplatz Bergen-Hohne finden sich bezeichnende Flurnamen für die Übungsplatzanlagen. Da liest man „Danzig" und „Königsberg", „Görlitz", „Ratibor", „Hirschberg" und andere Namen. Der Name aller dieser Städte ist untrennbar verbunden mit den Aggressionen und Verbrechen der Armeen Hitlers im zweiten Weltkrieg. Die meisten dieser Städte gehören heute zu Polen. Ganz offensichtlich wird hier, daß die westdeutschen Imperialisten davon träumen, die Ergebnisse des zweiten Weltkriegs wieder rückgängig zu machen, daß sich die westdeutschen Imperialisten erneut auf einen Krieg gegen andere Völker vorbereiten, um mit Hilfe des aggressiven Nato-Paktes ihre revanchistischen Ziele zu verwirklichen.

Und mancher Soldat hat bei den auf dem Übungsplatz umherfahrenden Händlern für seinen letzten 10 Mark-Schein Schokolade gekauft, um nicht auf den Fraß der Feldküchen angewiesen zu sein. Den Soldaten wird hier auch jede Möglichkeit genommen, sich zu besinnen und über ihre Lage zu diskutieren. Dienstpläne, die Arbeit bis nach Mitternacht und Wecken um 3 Uhr vorsahen, waren nicht selten.

Das ganze Gelände, ca. 30 000 Hektar im Raum Soltau-Celle-Fallingbostel, ist umzäunt und streng bewacht von Bundeswehr, Polizei und privaten Wachfirmen wie der „Wach- und Schließgesellschaft". Hunderte Schilder warnen: Lebensgefahr – Militärischer Sicherheitsbereich – Betreten verboten. Seit über 40 Jahren – der Platz wurde 1936 gegen den Widerstand der dort ansässigen Bauern errichtet – ist hier eine Hochburg des deutschen Militarismus.

Kein Bürger der ehemaligen Bevölkerung lebt noch hier. Die alten Häuser und Dörfer sind Ruinen, die Wald- und Heideflächen durch Panzerwege, durch Schießbahnen und Artilleriefeuer völlig zerstört. Kaum ein Quadratmeter, in dem nicht schon eine Granate explodiert oder über den ein Panzer gerollt ist.



In vielen Städten der Bundesrepublik – vor allem im Ruhrgebiet – begann das neue Jahr mit Fahrpreiserhöhungen bei den Nahverkehrsmitteln. Bild: Fahrpreisdemonstration in Hannover, bei der die Polizei mit brutalem Knüppeleinsatz und „Chemical Mace" gegen die Demonstranten vorging.

Januar im Bild



Am 5. Februar wird die öffentliche Abschlußveranstaltung der Partei zum III. Parteitag stattfinden. Bild: Mit einem Stand in der Innenstadt von Bochum wird für die Teilnahme an der Veranstaltung geworben.



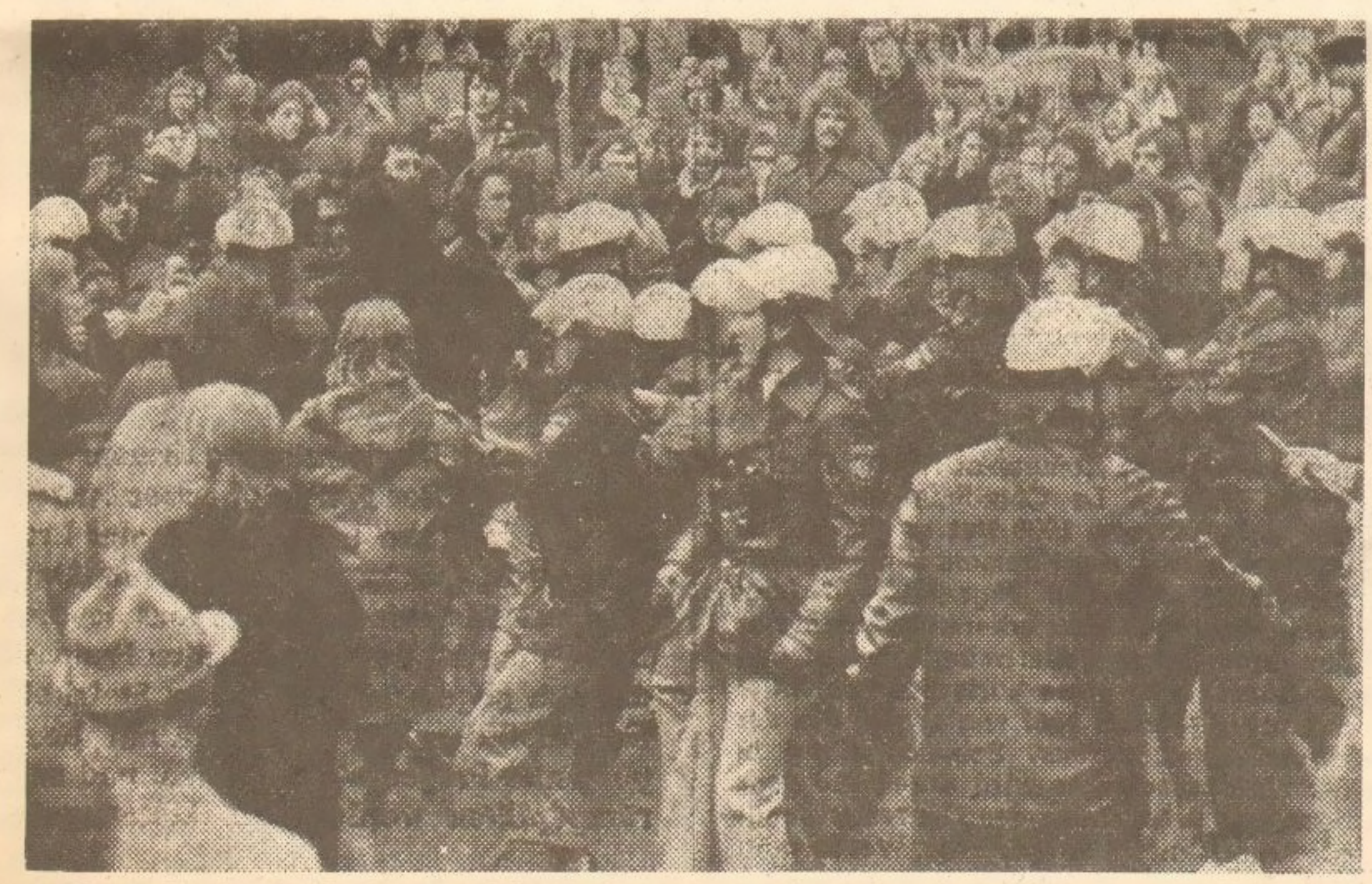
In den ersten Januartagen wurden Tausende von Jugendlichen zum Bund eingezogen. Die ROTE GARDE verteilte an den Bahnhöfen Flugblätter und verkaufte ihre Zeitung „Die Rote Garde".



700 Schüler streikten an einer Wittener Berufsschule gegen Leistungsdruck und Notenterror. Polizei stand bereit, als die Schüler in einer Demonstration durch die Stadt zogen.



In Hamburg soll die kommunistische Lehrerin Ulla Oehler Berufsverbot bekommen. Bild: Rund 100 Schüler beteiligen sich an einer Demonstration gegen das Berufsverbot.



An den Universitäten geht der Kampf der Studenten – vor allem gegen die politische Unterdrückung durch das Hochschulrahmengesetz – weiter. Der KSB/ML greift in diese Kämpfe aktiv ein.



Der Kampf gegen den Bau des KKW in Brokdorf geht weiter. Bild: Bauern demonstrieren mit ihren Treckern.

Aus aller Welt

ÄGYPTEN

Zehntausende von Arbeitern und anderen Werktätigen haben sich in der letzten Woche in allen ägyptischen Großstädten zum Kampf erhoben, um die Zurücknahme der von der Regierung angeordneten Preiserhöhungen für Brot, Butter, Zucker, Reis, Benzin, Zigaretten und andere Güter des täglichen Bedarfs zu erzwingen. Die Preiserhöhungen, die zum Teil bis zu 100% reichten, waren ein schwerer Angriff auf die Lebenslage der Werktätigen Ägyptens, die bereits jetzt in unvorstellbarer Armut leben, während sich die Bourgeoisie bereichert. Mit den Preiserhöhungen wollte die Regierung Sadat die Lasten der tiefen Wirtschaftskrise noch weiter auf die Schultern der Werktätigen abwälzen. Die Krise hatte sich in der letzten Zeit vor allem deshalb immer mehr verschärft, weil Ägypten mit Milliarden von Dollars an die sowjetischen Sozialimperialisten, den amerikanischen Imperialismus und andere imperialistische Mächte verschuldet ist. Als die Preiserhöhungen am 17. Januar verkündet worden waren, traten die Arbeiter der Stahlwerke von Heluan trotz des in Ägypten von der Bourgeoisie seit langem verhängten allgemeinen Streikverbots sofort in den Streik. In Kairo, Alexandria, Heluan und anderen Städten wurden machtvolle Demonstrationen abgehalten, auf denen die Zurücknahme der Preiserhöhungen gefordert wurde. Um die Kämpfe zu unterdrücken, ließ die Regierung die Armee aufmarschieren, die mit Gummiknüppeln und Tränengas gegen die demonstrierenden Arbeiter vorging. Kurze Zeit darauf erteilte die Regierung den Schießbefehl an die Soldaten. Nach den bis jetzt vorliegenden Nachrichten wurden bei den Kämpfen über 60 Menschen getötet, Hunderte verletzt und über 2 000 verhaftet. Angesichts der großen Empörung unter der Bevölkerung und des machtvollen Kampfes sah sich die Regierung schon wenige Tage nach der Verkündung der Preiserhöhungen gezwungen, diese wieder zurückzunehmen.

PANAMA

In Panama haben Tausende von Menschen Anfang Januar Demonstrationen und Kundgebungen gegen den amerikanischen Imperialismus durchgeführt, der nichts unversucht läßt, um seine Kolonialherrschaft über die Kanalzone aufrechtzuerhalten. Sie bekundeten ihre Entschlossenheit, den Kampf bis zur Verjagung aller amerikanischen Besatzertruppen aus der Kanalzone fortzuführen. Die Demonstranten drangen in die Kanalzone ein. Sie führten dabei panamesische Fahnen mit und riefen zahlreiche Parolen wie: „Souveränität, Gerechtigkeit; Souveränität oder Tod" und andere.

SPANIEN

In ganz Spanien dauern die Streiks und Demonstrationen aus Protest gegen die kapitalistische Ausbeutung und die volksfeindliche Politik des monarchofaschistischen Juan-Carlos-Regimes an. Am 16. Januar führten Tausende von Menschen in Madrid eine machtvolle Demonstration durch. Zwischen ihnen und starken Verbänden der faschistischen Polizei kam es zu heftigen Zusammenstößen. Auch in Vergara im Baskenland demonstrierten Tausende. Sie riefen Losungen für demokratische Freiheiten und forderten die Freilassung aller politischen Gefangenen. Auch in diesem Fall griff die Polizei brutal ein. Außerdem wird gemeldet, daß die Arbeiter in verschiedenen Betrieben weiter im Streik stehen. In Valencia streiken über 70000 Bauarbeiter. Auch 6000 Arbeiter des US-Konzerns Ford, Tausende Bergarbeiter in Leone, die Fischer in Almeria und Cadiz und anderswo sind in den Streik getreten. An der Spitze vieler dieser Streiks stehen die Mitglieder der KP Spaniens/ML und der Arbeitergewerkschaftsopposition OSO. Die gesamte breite Bewegung der spanischen Arbeiterklasse und der übrigen werktätigen Massen richtet sich gegen den Lohnstopp, die Preiserhöhungen, die barbarische Unterdrückung durch die faschistische Monarchie und für die Freilassung aller politischen Gefangenen.

NORDIRLAND

Die englischen Besatzertruppen haben eine brutale Terrorkampagne gegen die nordirischen Einwohner entfesselt, um sie zu zwingen, ihren Widerstand aufzugeben und vor den Besatzern in die Knie zu gehen. Die Zahl der Einwohner, die in den ersten Januartagen in Belfast, Derry und anderen Städten festgenommen worden sind, wächst rasch. Der englische Minister für die Probleme Nordirlands, Roy Mason, bekräftigte in einer Rede erneut, daß die englischen Truppen nicht aus Nordirland abgezogen, sondern im Gegenteil verstärkt werden sollen. Doch trotz des Terrors wird der Kampf der nordirischen Patrioten immer stärker. Bei Aktionen in Belfast, Derry, Newry und anderen Städten haben sie Dutzende von feindlichen Soldaten getötet.

CHILE

Wie die revolutionäre Nachrichtenagentur ANCHA meldet, haben die chilenischen Studenten ungeachtet des faschistischen Terrors in der letzten Zeit ihren Kampf, den sie im Untergrund führen, weiter verstärkt. Überall im Land arbeiten Widerstandskomitees. Sie haben bereits eine große Zahl von Flugblättern und Zeitungen herausgegeben und verteilt. So wird z. B. unter den Studenten von Conception die Zeitung „Der Student" verteilt. In einem der von den Studenten herausgegebenen Flugblätter heißt es: „Gestern wie heute hat sich das chilenische Volk erhoben und wird niemals seinen Kampf für den Sturz der Tyrannen einstellen. Wie sollen wir uns gegenüber dem Faschismus verhalten? Wir sind die Kraft, wir sind die Zukunft. Erheben wir uns gegen das Unrecht!"

KAMPUCHEA

Der Sender des Demokratischen Kampuchea hat in diesen Tagen eine Erklärung des Außenministeriums gebracht, in der die Lügen der Imperialisten, daß Kambodscha angeblich an seinen Grenzen Zwischenfälle organisiere, zurückgewiesen werden. In der Erklärung wird betont, daß sich das kambodschanische Volk niemals in die Angelegenheiten anderer einmischen wird, ebenso wie es unter keinen Umständen irgendeinem anderen Land erlauben wird, sich in seine Angelegenheiten einzumischen und seine nationale Unabhängigkeit und territoriale Integrität zu verletzen.

USA

Der neue amerikanische Außenminister Cyrus Vance traf in Washington mit dem israelischen Botschafter in den USA, Dinitz, zusammen. Unter den besprochenen Problemen nahmen die Vorbereitung des Besuchs des Chefs des Tel Aviver Zionistenregimes, Rabin, in den USA einen wichtigen Platz ein und die Möglichkeiten für eine erweiterte Hilfe Washingtons für Tel Aviv. Vance und Dinitz besprachen ebenfalls noch einmal die Koordination ihrer Aktivität und ihrer Pläne im Zusammenhang mit ihrer antiarabischen Verschwörertätigkeit im Nahen Osten.

VANGUARDIA OBRERA — Spanien

PROLETÁRIOS DE TODOS OS PAÍSES, POVOS E NAÇÕES OPRIMIDAS UNI-VOS!
BANDEIRA VERMELHA
ORGÃO CENTRAL DO PARTIDO COMUNISTA PORTUGUÊS (RECONSTRUIDO) — Portugal

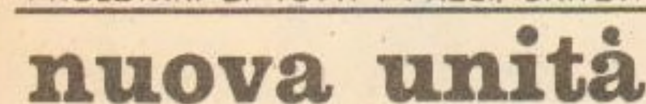
REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

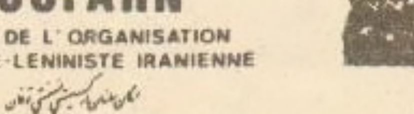
Bestellungen bitten wir zu richten an: **Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus, 2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49.**

Italien



Iran





Oyggjaframi/Marxisten-Leninisten

Für die nationale und soziale Befreiung der Faröer-Inseln

Im Rahmen der Reihe unserer Berichte über die nordischen Länder veröffentlichen wir in dieser Ausgabe des „Roten Morgen" einen Artikel über die Inselgruppe der Faröer und den Kampf der marxistisch-leninistischen Organisation Oyggjaframi (M-L).

Die Faröer-Inseln liegen im Atlantischen Ozean, ungefähr in der Mitte zwischen Island und der Nordspitze Schottlands. Das Klima ist rauh, der Boden unfruchtbar und für Ackerbau wenig geeignet. Die Hauptstadt heißt Torshavn. Die knapp 40 000 Einwohner der 24 Inseln, von denen nur 18 bewohnt sind, leben hauptsächlich vom Fischfang, ein Teil von der Schafzucht.

Nieder mit den dänischen Imperialisten!

Die Bevölkerung der Faröer ist eine eigene selbständige Nation und spricht eine eigene Sprache. Aber seit fast tausend Jahren ist das Land immer von ausländischen Mächten beherrscht und unterdrückt worden. 1380 folgten den norwegischen Königen die dänischen und seit dieser Zeit stehen die Faröer-Inseln unter dänischer Oberherrschaft. Heute werden die Faröer vom dänischen Imperialismus unterjocht und ausgeplündert, der auf den Inseln zugleich die internationalen kapitalistischen Monopolen und den anderen imperialistischen Mächten mit den USA an der Spitze Tür und Tor geöffnet hat. Die dänischen Imperialisten behaupten, die Bevölkerung der Faröer habe die Möglichkeit, durch das System der „Selbstverwaltung" ihre eigenen nationalen Belange in angemessener Weise zu vertreten und ihre nationalen Interessen zu verwirklichen. In Wirklichkeit ist diese „Selbstverwaltung" nichts anderes als das Mittel, durch das die dänischen Imperialisten die Faröer-Inseln beherrschen.

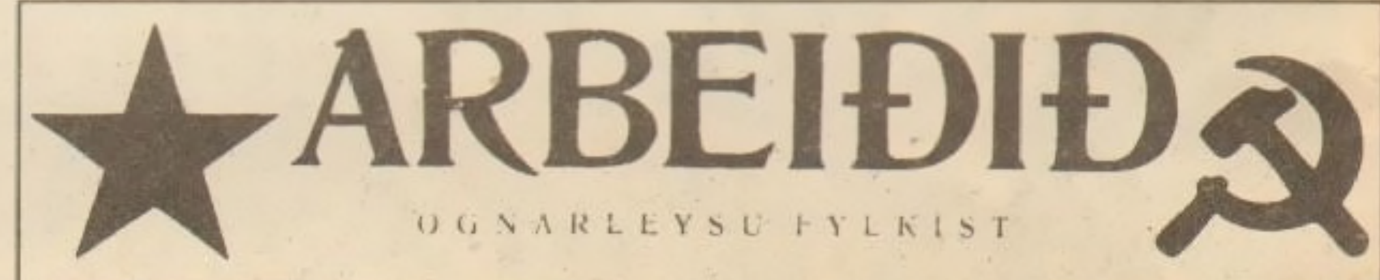
Nach diesem System wird die gesamte Außenpolitik der Faröer-Inseln (und dazu gehört auch die Hochseefischerei) in Kopenhagen beschlossen. Das gleiche gilt für die Polizei, das Militär, die Gesetzgebung und die Gerichte. Für die Innenpolitik (dazu gehört auch die Küstenfischerei), das Schul- und Sozialwesen, haben die faröischen Behörden ein „Mitspracherecht". Ganz abgesehen davon, daß dieses „Recht", was alle entscheidenden Fragen angeht, nur auf dem Papier steht, denn die Entscheidungen werden letztlich von den dänischen Imperialisten getroffen, sitzen in diesen Behörden hauptsächlich die Lakaien und Agenten Dänemarks und der ausländischen Kapitalisten, die von vornherein nicht daran denken, im Sinne der Interessen der Bevölkerung der Faröer zu handeln, sondern die nur den Profit der Bourgeoisie im Auge haben. Um nur ein Beispiel zu nennen: Der Direktor des staatlichen Fischexports vertritt zugleich die Interessen des Nestle-Konzerns und arbeitet zugleich für Nestle in der Schweiz und in Norwegen. Die dänischen Konzerne kontrollieren den Hauptteil der Fischindustrie. Sie beuten die Arbeiter auf den Hochseefangschiffen und in den Verarbeitungsbetrieben im Land brutal aus. Durch die einseitige Förderung und Entwicklung des profitablen Hochseefischfangs und den hohen Grad der Monopolisierung der Verarbeitungsbetriebe ist zugleich die Existenz der Küstenfischer bedroht. Durch die Mitgliedschaft Dänemarks in den Europäischen Gemeinschaft wurde, obwohl die Faröer offiziell außerhalb der EG geblieben sind, dem ausländischen Kapital die Tür noch weiter geöffnet.

Die Faröer-Inseln befinden sich aber nicht nur in politischer und ökonomischer Abhängigkeit von Dänemark und den anderen imperialistischen Mächten, sie sind gleichzeitig militärisch besetzt. Auf den Faröer-Inseln befinden sich mehrere NATO-Stützpunkte, auf denen amerikanische und dänische Truppen stationiert sind.

Es liegt auf der Hand, daß unter diesen Bedingungen jeder Kampf der Werktätigen der Faröer für ihre wirtschaftlichen, sozialen und demokratischen Rechte eng mit dem Kampf gegen den dänischen Imperialismus und das ausländische Monopolkapital verbunden ist. Im Kampf für die nationale und soziale Befreiung der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen der Faröer ist der dänische Imperialismus der Hauptfeind.

Verstärkte Kämpfe der Werktätigen

Die Werktätigen der Faröer haben in den vergangenen Jahren mehrmals große Kämpfe gegen Ausbeutung, Ausplünderung und die Fremdherrschaft der dänischen Imperialisten geführt. Immer wieder aber gelang es der Bourgeoisie und ihren sozialdemokratischen und revisionistischen Lakaien, sich an die Spitze dieser Kämpfe zu stellen und sie von innen heraus zu zersetzen und zu sabotieren.



Zeitung der marxistisch-leninistischen Organisation Oyggjaframi

Nach dem zweiten Weltkrieg, als die Faröer vorübergehend von den britischen Imperialisten besetzt waren, erlebte die Unabhängigkeitsbewegung einen Höhepunkt, als Dänemark erneut seine alten Ansprüche geltend machte. Die Werktätigen der Faröer wollten endlich frei und unabhängig sein, keine ausländische imperialistische Macht sollte in Zukunft die Inseln unterjochen. 1946 sah sich die Bourgeoisie der Faröer durch den Druck der werktätigen Massen gezwungen, die Unabhängigkeit der Faröer auszurufen. Die dänischen Imperialisten antworteten darauf mit Gewalt und schickten Truppen auf die Inseln. Aber weil die Bourgeoisie an der Spitze des Kampfes für die Unabhängigkeit stand, weil sie es nicht wagte und auch nicht wagen konnte, die Werktätigen zu bewaffnen, gelang es den dänischen Truppen relativ schnell, das Land zu annektieren. Der Widerstand des Volkes war damit jedoch nicht gebrochen. In den Jahren 1955 und 1956 beschloß die Bevölkerung des Ortes Klasvik, in Zukunft über lokale Fragen selbst zu entscheiden. Als die dänische Regierung das verbot, besetzte die Bevölkerung das Rathaus und vertrieb die dänische Polizei aus dem Ort. Sie erklärten, in Zukunft die dänische Oberherrschaft nicht mehr anzuerkennen und sie mit allen Mitteln zu bekämpfen. Weil eine entschlossene revolutionäre Führung des Kampfes fehlte, gelang es den dänischen Imperialisten jedoch, die Bevölkerung von Klasvik durch eine Reihe von Verhandlungen zu spalten und zu entwaffnen. Als sie schließlich Truppen schickte, um Klasvik gewaltsam zu besetzen, gab es fast keinen Widerstand.

Zur gleichen Zeit erhoben sich die Fischer und die Arbeiter der Fischindustrie mehrmals zu langanhaltenden Streiks für die Verbesserung ihrer Lebenslage. Auch in diesen Kämpfen spielte die Frage des Kampfes für die nationale Unabhängigkeit eine wichtige Rolle, weil sich fast die gesamte Fischindustrie in dänischer Hand befand. Gegen Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre entwickelte sich auf den Faröern eine starke Bewegung gegen den Beitritt zur EWG, den die dänischen Imperialisten auch für die Faröer erzwingen wollten. **In diese Bewegung und die damit verbundenen Kämpfe griff auch zum erstenmal auf den Faröern die kurz zuvor entstandene marxistisch-leninistische Organisation Oyggjaframi ein.** Die Marxisten-Leninisten organisierten die örtlichen Gruppen der Volksbewegung, die sehr breit waren und in denen vor allem Fischer aus dem ganzen Land organisiert waren. So gelang es ihnen auf dem Höhepunkt der Bewegung, in Torshaven eine Demonstration gegen den Beitritt der Faröer in die EWG durchzuführen, an der sich 4 000 Menschen beteiligten. Die Kämpfe gegen den Beitritt der Faröer zur EWG waren erfolgreich. Dänemark wurde Mitglied der EWG, die Faröer jedoch nicht. In dieser Zeit gelang es den Marxisten-Leninisten, zahlreiche Verbindungen zu fortschrittlichen Arbeitern und Fischern herzustellen.

Zugleich aber gingen die modernen Revisionisten und die mit ihnen verbundenen opportunistischen Gruppen zum Angriff über, um die junge marxistisch-leninistische Bewegung auf den Inseln von innen her zu spalten. Während dieses Kampfes gelang es einer Gruppe von Spontaneisten vorübergehend, die Organisation zu erobern. Durch harten Kampf und geduldige Überzeugung wurde diese opportunistische Strömung aber schließlich vollkommen zerschmettert. Die Marxisten-Leninisten beschlossen, ihre Arbeit besser als bisher auf die Arbeiterklasse auszurichten, eine Zeitung herauszugeben und vor allem, den Kampf gegen den modernen Revisionismus in allen seinen Schattierungen zu verstärken, um eine korrekte marxistisch-leninistische Strategie und Taktik für die Revolution auszuarbeiten.

Die Erfolge stellten sich schnell ein. Im Kampf gegen die EG knüpften die Marxisten-Leninisten die ersten Kontakte zu fortschrittlichen und revolutionären Arbeitern in der Gewerkschaft. Im Juni 1975 erhoben sich die Küstenfischer zum Kampf gegen ihren drohenden wirtschaftlichen Ruin und blockierten den Hafen von Torshavn. In diesem Kampf standen die Marxisten-Leninisten an der vordersten Front, erweiterten ihre Verbindungen zu den Fischern und Arbeitern und erwarben sich viele Sympathien. Wie groß diese Sympathien bereits waren, zeigten die Wahlen auf dem Gewerkschaftskongreß in Torshavn. In die fünfköpfige Gewerkschaftsleitung wurde auch ein Mitglied der Oyggjaframi (M-L) gewählt.

Zum 1. Mai des vergangenen Jahres erschien die erste Ausgabe von „Arbeidid", dem Zentralorgan der Oyggjaframi.

Auch auf den Faröern wächst die marxistisch-leninistische Bewegung und entwickelt sich im Kampf. Die Genossen der Oyggjaframi sind entschlossen, möglichst schnell die Bedingungen für die Gründung einer marxistisch-leninistischen Vorhutpartei zu schaffen, die an der Spitze der Werktätigen den Kampf für die nationale und soziale Befreiung, für die Revolution zum Sieg führen wird.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Neun Jahre bewaffneter Kampf in Kolumbien

Auf keinem anderen Weg kann das Volk seine Freiheit erringen

Im Dezember 1967 begann eine kleine Gruppe von Guerrillas in den Bergen Nordostkolumbiens den bewaffneten Kampf gegen das faschistische Regime. Die Guerrillas waren von der Kommunistischen Partei Kolumbiens/Marxisten-Leninisten organisiert und standen unter ihrer Leitung. Seit dieser Zeit hat sich der bewaffnete Kampf ständig verstärkt und erweitert. Die Guerrillagruppen entwickelten sich zur Volksbefreiungsarmee (EPL). Sie kämpft heute in den Provinzen Antioquia, Cordoba, Sucre, Choco, Atlantico, Bolivar und Magdalena. Es ist ihr gelungen, in einigen Provinzen befreite Gebiete zu erkämpfen und die ersten Keime der Volksmacht zu errichten.

In Kolumbien herrscht das faschistische Regime Lopez Michelsen über das Volk. Anders als die faschistischen Regime vor ihm, wurde Lopez Michelsen an die Macht gehoben, weil er die faschistische Unterdrückung der werktätigen Massen und ihre grausame Ausplünderung durch die amerikanischen Monopole und die einheimischen Ausbeuter mit dem Mantel betrügerischer reformistischer Phrasen und Losungen zu umhüllen verstand. Bei seinem Amtsantritt hatte er versprochen, daß sich die Lage der werktätigen Massen in Stadt und Land schon in naher Zukunft drastisch verbessern werde. Inzwischen kann aber jeder selbst sehen, daß sich nichts geändert hat, im Gegenteil.

Nach wie vor befinden sich die entscheidenden Industriezweige des Landes und ein großer Teil des Grundbesitzes in der Hand der amerikanischen Monopole, ist Kolumbien praktisch eine Halbkolonie des amerikanischen Imperialismus. Der amerikanische Imperialismus hat Kolumbien unterjocht und versklavt und das Regime Lopez Michelsen ist eine Marionette in seinen Händen. Die kolumbianische Großbourgeoisie und die Besitzer der riesigen Güter stützen sich auf den USA-Imperialismus und sind eng mit ihm verbunden, weil sie darin die Garantie für die Aufrechterhaltung der Ausbeutung und Ausplünderung der werktätigen Massen sehen. Obwohl Kolumbien ein reiches Land ist, lebt die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung in Armut, Not und Elend. Die Arbeitslosigkeit beträgt über 30% und die Inflationsrate hat bereits die Höhe von 40% erreicht.

Das Defizit in der Zahlungsbilanz, d. h. die Verschuldung Kolumbiens an die USA und die anderen imperialistischen Mächte beträgt fast eine Milliarde Dollar. Um dieses Loch zu stopfen und die Zinsen der gegebenen Kredite auch nur einigermaßen zurückzahlen zu können, legt das faschistische Regime den werktätigen Bauern ständig neue Lasten auf. Besonders groß sind die Armut und das Elend auf dem Land. Millionen von Bauern wurden bereits gezwungen, ihr Land zu verlassen. In den Städten aber können die meisten von ihnen keine Arbeit finden und so müssen sie unter den elendsten Bedingungen am Rand der großen Städte in den Elendsquartieren der Slums leben.

Das sind die Bedingungen, unter denen sich das kolumbianische Volk zum Kampf gegen seine Ausbeuter und Unterdrücker erhoben hat. In den vergangenen 25 Jahren gab es keinen Tag ohne eine Aktion der Massen. Im Herbst des letzten Jahres erhoben sich die Arbeiter in den Betrieben der Großstädte zum Kampf. Sie traten trotz Verbot in den Streik, führten Demonstrationen durch und ließen sich auch durch die Verhängung des Ausnahmezustandes nicht einschüchtern. Der Kampf der Arbeiter verband sich mit dem der Studenten. Das faschistische Regime reagierte mit brutaler, faschistischer Gewalt. Armee und Polizei marschierten auf und im Kampf gegen die Unterdrücker fielen zahlreiche Revolutionäre und Patrioten.

Der bewaffnete Kampf – höchste Form des Klassenkampfes

„Das Volk hat das Recht und die Pflicht, gegen den reaktionären Krieg der herrschenden Klassen einen revolutionären Krieg zu führen", heißt es in einem Aufruf der Kommunistischen Partei Kolumbiens/Marxisten-Leninisten. Anders können die Feinde des kolumbianischen Volkes nicht besiegt werden, auf keinem anderen Weg kann das Volk seine Freiheit erringen. Gegen die Volksbefreiungsarmee und die von ihr kontrollierten Zonen haben die reaktionären Truppen immer wieder Einkreisungs- und Unterdrückungsoperationen unternommen. Aber die kolumbianischen Patrioten und Revolutionäre haben alle diese Kampagnen des Feindes vereitelt. Darüberhinaus haben sie weitere Gebiete befreit. So hat die Volksbefreiungsarmee zweimal mit der starken Unterstützung der Massen die Anlagen des Correllabetriebes angegriffen, der mit amerikanischen und sowjetischen Investitionen ein Wasserkraftwerk baut. Für den Bau dieses Kraftwerkes hatte das Regime Lopez Michelsen die armen Bauern von ihrem Grund und Boden vertrieben.



COLOMBIA

Die Volksbefreiungsarmee wird von der Kommunistischen Partei Kolumbiens/Marxisten-Leninisten geleitet. Sie kämpft für die nationale und soziale Befreiung des kolumbianischen Volkes. Unter ihrer Fahne wird das kolumbianische Volk alle seine Feinde bezwingen und seine Heimat befreien.

Vorbild für alle lateinamerikanischen Völker

Der Kampf des kolumbianischen Volkes ist zu einem großen Vorbild der revolutionären Tapferkeit für alle Völker Lateinamerikas geworden, die nach wirklicher nationaler Befreiung und sozialem Fortschritt streben. Durch die Flammen dieses Kampfes sind nicht nur die Oberhäupter des faschistischen Regimes in große Unruhe versetzt worden, sondern auch die USA-Imperialisten. Sie sehen in diesem Kampf eine ernste Gefahr für ihre Interessen, nicht nur in Kolumbien, sondern auch auf dem ganzen lateinamerikanischen Kontinent. Sie ermutigen und finanzieren deshalb nicht nur die Unterdrückungsmaßnahmen und den blutigen Terror gegen die Revolutionäre und Patrioten, sondern bemühen sich auch mit allen Propagandamitteln, den Charakter dieses Kampfes zu entstellen.

Aber trotz dieser Bemühungen haben die bisherigen Erfolge der Volksbefreiungsarmee Kolumbiens nicht nur unter den werktätigen Massen Kolumbiens, sondern auch in ganz Lateinamerika ein starkes Echo hervorgerufen. Der revolutionäre bewaffnete Kampf des kolumbianischen Volkes ist unbezwingbar, weil er gerecht ist und an seiner Spitze eine entschlossene und revolutionäre Führung, die KP Kolumbiens/ML, steht. Unter der Führung der Partei werden die werktätigen Massen Kolumbiens das Banner des bewaffneten Kampfes mit Sicherheit noch höher heben, weil er das einzige Mittel für ihre nationale und soziale Befreiung ist.

Der Kolumbianische Guerilla

Der Hagelsturm, der mein Volk erschüttert,
Vom Gesetz unterdrückt und vergewaltigt,
Legt das Gewehr in meine Hand
Und erfüllt mich mit einem neuen Glauben.

Weder Müdigkeit, noch Hunger, noch Blei
Würden mich halten können,
Weil meine Hoffnung vorwärtsschreitet
Und dahin führt mich meine Pflicht.

Ich bin Soldat der Guerillas,
Die eine bessere Welt erobern
Und ich verspreche, im Krieg zu siegen
Gegen den Dollar und seinen Diktator.

Ich stamme von jenen jungen Männern,
Die das spanische Joch begruben.
Von Galan bringe ich den Haß auf die Herren
Und den Mut von Vasquez Rendon.

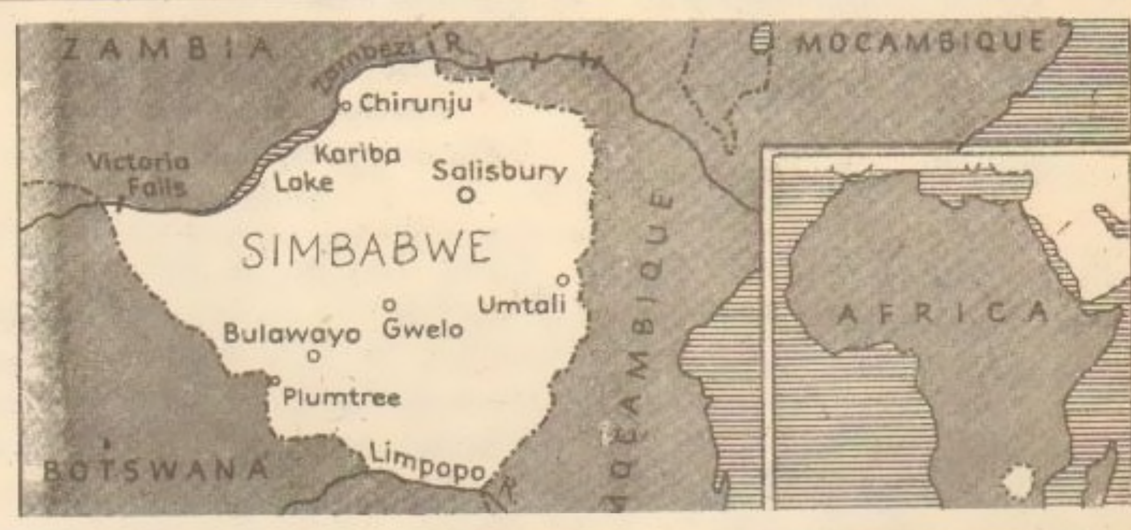
Die Frauen des kolumbianischen Volkes,
Mit dem Feuer ihrer Entschlossenheit,
Nehmen auch am Kriege teil
Für den Triumph der Revolution.

Namibia / Simbabwe

Kein Vertrauen in die Imperialisten

Das Rassistenregime Vorster in Südafrika hat in diesen Tagen eine neue Runde der sogenannten „Verfassungskonferenz" für Namibia abhalten lassen. Zugleich gehen vor und hinter den Kulissen die Bemühungen der amerikanischen und englischen Imperialisten und der Rassistenregime weiter, ein neues Treffen im Rahmen der Genfer Konferenz über Simbabwe zustandezubringen.

Alle diese Konferenzen sollen angeblich, so behaupten die Imperialisten, den Weg zur „Liberalisierung" der rassistischen Regime, ja sogar zu ihrer Überwindung führen. In Wirklichkeit aber sind diese Verhandlungen und Konferenzen Komplotte gegen die unterdrückten Völker. Der Gang der Dinge in Simbabwe ist dafür ein schlagender Beweis.



Bekanntlich wurden die Pläne für die Genfer Konferenz von Kissinger selbst ausgearbeitet, der sie dann von den englischen Imperialisten in die Tat umsetzen ließ. Sie entstanden zu einem Zeitpunkt, als das Volk von Simbabwe das rassistische Regime durch den bewaffneten revolutionären Kampf für seine Befreiung bis in die Grundfesten erschüttert hatte, als klar war, daß die Imperialisten und Rassisten Zeit brauchten, um ihre Kräfte neu zu sammeln. Die rassistischen Truppen des Smith-Regimes stellten keinen Moment ihren Terror gegen das Volk von Simbabwe ein. Im Gegenteil, die militärischen Operationen gegen die Befreiungskämpfer wurden intensiviert und sogar auf die afrikanischen Staaten Mosambik und Botswana ausgedehnt.

Zugleich gab sich Smith den Anschein, er sei bereit, freiwillig auf einen Teil der Macht zu verzichten, und die Imperialisten entfachten eine große Propaganda, daß es jetzt notwendig sei, sich „friedlich" zu einigen, um weiteres „Blutvergießen zu verhindern". Mit dieser Propaganda, damit, daß in Genf verhandelt wurde, hofften sie den bewaffneten Kampf des Volkes von Simbabwe zu schwächen und zu zersetzen. Zugleich machten sie den Befreiungskämpfern das zynische „Angebot", die Waffen aus der Hand zu legen, versprachen die Bildung einer Übergangsregierung unter ihrer Beteiligung, wobei sie sich allerdings den Oberbefehl über die rassistischen Truppen vorbehielten, die in voller Stärke erhalten bleiben sollten (es sei, sie könnten durch englische Kolonialtruppen ersetzt werden). Der ganze Plan war also nichts anderes als eine Falle, in die die Befreiungskämpfer gelockt werden sollten.

Die Befreiungskämpfer von Simbabwe antworteten auf die teuflischen Pläne der Imperialisten und Rassisten jedoch in der einzig richtigen Weise: mit der Verstärkung und Erweiterung des bewaffneten Kampfes, um das rassistische Regime zu stürzen. Den Patrioten wird immer klarer, wie unheilvoll und gefährlich für ihre Sache jede Illusion über die Pläne und Absichten der Oberherren und Anstifter der Rassisten, der amerikanischen und englischen Imperialisten ist. Es liegt auf der Hand, daß das Smith-Regime niemals freiwillig seine Todesakte unterzeichnen wird. Auch die amerikanischen, englischen und anderen Imperialisten können das nicht tun. Ihre Interessen erfordern, daß der Rassismus in der einen oder anderen Form erhalten bleibt, damit die Plünderung der großen Naturvorkommen gewährleistet bleibt, damit das Volk von Simbabwe ausgebeutet werden kann und schließlich, damit Simbabwe als Ausgangspunkt für Spannungen und als Basis für Aggressionen gegen andere afrikanische Länder benutzt werden kann.

Das Volk von Simbabwe ist entschlossen, den bewaffneten Kampf bis zum endgültigen Sieg zu führen. Diese Entschlossenheit kommt auch in einer Presseerklärung zum Ausdruck, die ein Führer der simbabwischen patriotischen Kräfte in den letzten Tagen abgab. In der Erklärung werden die Komplotte der Rassisten und Imperialisten und die Verschwörerversammlung in Genf über Simbabwe verurteilt und unterstrichen: „Die Unabhängigkeit des Landes wird auf dem Schlachtfeld erreicht werden." Gleichzeitig wird in der Erklärung die Notwendigkeit hervorgehoben, die Einheit zu verstärken und den bewaffneten Kampf gegen das Rassistenregime zu intensivieren.

HÖRT RADIO TIRANA!

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 m und 41 m (KW)
14.30-15.00	32 m und 41 m (KW)
16.00-16.30	32 m und 41 m (KW)
18.00-18.30	41 m und 50 m (KW)
19.00-19.30	32 m und 41 m (KW)
2. Programm	
21.30-22.00	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
23.00-23.30	41 m und 50 m (KW)
6.00 - 6.30	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)

32 m entspricht	9,26 MHz (KW)
41 m entspricht	7,30 MHz (KW)
50 m entspricht	5,95 MHz (KW)
215 m entspricht	ca. 1400 KHz (MW)



Nach zehn Jahren erneut Hinrichtungen in den USA

Zum ersten Mal seit zehn Jahren wurde in den USA wieder die Todesstrafe vollstreckt: Am Montag, den 18. Januar, wurde der Doppelmörder Gary Gilmore durch ein Erschießungskommando getötet. Diese Hinrichtung war der vorläufige Höhepunkt einer widerwärtigen und ekelhaften Kampagne der US-Imperialisten für die Vollstreckung der Todesstrafe in den USA. Der Mörder Gilmore, dessen Verbrechen — er erschoß bei zwei Raubüberfällen kaltblütig und brutal zwei Menschen — unter der Bevölkerung große Empörung hervorgerufen hatte, war den US-Imperialisten gerade recht, um die Todesstrafe, gegen die eine breite Bewegung unter den Werktätigen besteht, durchzusetzen.

Noch bevor der Fall Gilmore die ersten größeren Wellen geschlagen hatte, witterte die heruntergekommene amerikanische Sensationspresse samt den Fernsehgewaltigen die Möglichkeit, den Lesern und Zuschauern etwas an Verkommenheit und Dekadenz zu bieten, was es selbst in den USA noch nicht gegeben hat: Einen widerwärtigen Schundroman mit lebendigen Figuren. Einen Schundroman, an dessen Ende die Tötung des Hauptdarstellers stehen sollte — und das ganz legal.

Hinrichtungen — eine neue Art von Unterhaltungssendungen in den USA?

Todesstrafe zur Verbrechensbekämpfung? Die Sensationspresse selbst hat deutlich gemacht, daß es ihr um etwas anderes ging. Da wurde berichtet, als ob es sich um ein spannendes Fußballspiel handelt, dessen Ende der Kommentator entgegenfiebert. Daß hier aber am Ende die Tötung eines Mannes stand, war für die amerikanische Dekadenz nur ein um so größerer „Nervenkitzel". Tatsächlich wurden in den Zeitungen beispielsweise Aufrufe gestartet, es solle sich melden, wer Lust habe, Gilmore zu erschießen und dafür 175 Dollar zu kassieren. Das Ende war entsprechend: Als gelte es, den Genuß zu steigern, wurde minutiös über die Hinrichtung und deren Ablauf mit wahrer Begeisterung berichtet. Und wie man einem Schauspieler, der seine Sache gut gemacht hat, Lob zollt, wurde der Mörder Gilmore am Schluß des niederträchtigen Spektakels fast noch zu einem Helden gestempelt. In den Zeitungen hieß es: „Er starb wie ein Mann, es war ein würdiger Tod."

Es zeugt schon wirklich von bodenlosem Zynismus, wenn diejenigen auch noch von „Würde" sprechen, die eine Kampagne entfaltet haben, die an die niedrigsten und verbrecherischen Gefühle appellierte, die die kapitalistische Gesellschaft hervorbringt. Aber der Bourgeoisie, ihrer Presse und ihren Fernsehanstalten geht diese Dekadenz offenbar noch nicht weit genug. Ein Bundesgericht hat jetzt beschlossen, daß Hinrichtungen künftig auch im Fernsehen direkt übertragen werden können. Offenbar wird die Sache damit auch in geschäftlicher Hinsicht einträglicher: Übertragungsrechte sowie Rechte zur Verfilmung und zur Veröffentlichung der Lebensgeschichte zu Tode Verurteilter werden bereits in Millionenhöhe gehandelt.

Die US-Imperialisten machten sich den Fall des Doppelmörders Gilmore zunutze

Diese Kampagne zeigt, daß die USA selbst von einem mörderischen System beherrscht werden — einem System, das sich nicht scheut, Lust am Töten zu propagieren, um auf diesem Wege die übelsten und reaktionärsten Kräfte für die Wiedereinführung der Todesstrafe zu mobilisieren.

In der Tat war der Fall des Doppelmörders Gilmore für diese Kampagne geeignet. Zum einen konnten die US-Imperialisten die Empörung über seine Verbrechen ausnutzen, um die Todesstrafe als „wirksames Mittel" gegen die ins Ungeheure anwachsende Kriminalität in den USA zu preisen. Und gegenüber der revolutionären Bewegung der afroamerikanischen Bevölkerung konnten sie demonstrativ darauf hinweisen, daß Gilmore doch ein Weißer sei. Und schließlich wollte Gilmore — aus welchen Gründen auch immer — selbst seinen Tod. Wollte man der Propagandakampagne der US-Imperialisten Glauben schenken, dann wäre es sogar Gilmore selbst gewesen, der für die Wiedereinführung der Todesstrafe gesorgt und sich gegen die verschiedensten Gerichte das „Recht auf Hinrichtung" „erkämpft" hätte. In Wirklichkeit aber nutzten die US-Imperialisten den Fall lediglich aus, so zu tun, als seien sie selbst im Grunde gegen die Todesstrafe und würden der Hinrichtung nur zögernd zustimmen.

Der Grund dafür, daß es in den letzten zehn Jahren keine Hinrichtungen in den USA gegeben hat, ist jedoch ganz woanders zu finden. Eine breite, starke, militante Bewegung unter den Werktätigen und vor allem unter den Afroamerikanern zwang die US-Imperialisten, die Vollstreckung von Todesurteilen einzustellen. 1972 schließlich hatte der oberste Gerichtshof entschieden, die Todesstrafe verstoße gegen den achten Zusatz der Verfassung, der „grausame und ungewöhnliche Strafen" verbietet. Es waren die Vertreter des US-Imperialismus, es waren Nixon und sein Nachfolger Ford, die sich für den Vollzug der Todesstrafe einsetzten und von dem Gericht verlangten, den Bescheid von 1972 rückgängig zu machen. Und prompt fand das Gericht heraus, daß der achte Zusatz der US-Verfassung nicht die Todesstrafe an sich verbiete, sondern nur „das Vierteilen und das Pfählen" (die Fernsehanstalten und die Sensationspresse werden wohl selbst das noch bedauern). Auf dieser Grundlage kam den US-Imperialisten der Fall Gilmore gerade recht. Sie nutzten ihn aus, um die Todesstrafe erneut gegen den Kampf der Werktätigen und insbesondere der Afroamerikaner durchzusetzen.

Auf einer Demonstration in New Orleans forderten 2 000 Teilnehmer die sofortige Freilassung des von den Rassisten zum Tode verurteilten schwarzen Jugendlichen Gary Tyler.

Todesstrafe — ein brutales Mittel zur Unterdrückung des Kampfes der Werktätigen und besonders der Afroamerikaner

Dabei geht es den US-Imperialisten keineswegs vor allem um eine stärkere Verbrechensbekämpfung. Stets hat die Todesstrafe den US-Imperialisten dazu gedient, den Kampf der Werktätigen zum Sturz dieses verkommenen und verrotteten imperialistischen Systems brutal zu unterdrücken und vor allem die unter schwerster Unterdrückung stehenden Afroamerikaner in ihrem gerechten Kampf einzuschüchtern und niederzuhalten. Das beweisen deutlich die Zahlen: So sind von den zwischen 1930 und 1967 hingerichteten Amerikanern 48,8% Schwarze gewesen, obwohl ihr Bevölkerungsanteil nur 11,5% betrug. Auch unter den 592 gegenwärtig zum Tode Verurteilten gehören 310 der schwarzen Bevölkerung an. Insbesondere die Südstaaten sind nach wie vor dafür berüchtigt, die Todesstrafe dazu zu benutzen, um klassenkämpferische Afroamerikaner auf legale Weise zu ermorden. Ein Vorwand läßt sich da immer finden — und wo keiner ist, wird eben einer geschaffen. Ein Beispiel dafür ist der Afroamerikaner Gary Tyler, ein jetzt 18jähriger Junge.

Als Gary 1974 mit seinen Kameraden zusammen zur Schule fuhr, wurde der Bus von rassistischem Mob gestoppt und mit Steinen beworfen. Die Rassisten waren auch bewaffnet. Plötzlich fiel ein Schuß, ein weißer Schüler wurde getroffen. Polizei knüppelte daraufhin die schwarzen Jugendlichen nieder. Gary, der sich wehrte, wurde festgenommen. Die weißen Rassisten aber wurden nicht einmal nach ihren Waffen untersucht. Gary, der die Sache der Afroamerikaner mutig vertrat, wurde, nachdem er anfänglich wegen „Widerstand" festgenommen worden war, kurzerhand wegen Mordes angeklagt. Ein weißes Gericht verurteilte ihn nach zweistündiger Beratung zum Tode. Nur eine breite Solidaritätsbewegung unter den Werktätigen hat bisher verhindern können, daß er auf den elektrischen Stuhl ermordet worden ist.

Die Zahl der Verbrechen in den USA steigt ständig. Und zu Recht fordern immer mehr Menschen in den USA empört, daß etwas geschieht. Doch wenn die US-Imperialisten ihren Polizeiapparat immer mehr ausbauen, wenn sie jetzt die Todesstrafe wieder einführen, so ist ihr Ziel dabei keineswegs, in erster Linie gegen die über zehn Millionen Verbrechen pro Jahr anzugehen, sondern vor allem, diesen Apparat zur Unterdrückung der militanten Streiks und Kämpfe der Werktätigen sowie gegen die militanten Kämpfe der Afroamerikaner einzusetzen. Und es ist auch nicht zu erwarten, daß sich dies unter der Herrschaft des US-Imperialismus ändert.

Ein mörderischer Staat als Vorkämpfer gegen die steigenden Verbrechen?

Schließlich ist es der US-Imperialismus selbst, dieses verfaulte, verkommene imperialistische System, das für die Zunahme der Verbrechen verantwortlich zeichnet, ja sie beispiellos selbst vorexerziert. Millionen Menschen haben die US-Imperialisten mit ihrer auf Völkermord gedrillten Armee in Indochina barbarisch ermordet. Alljährlich kommen in den USA Zigtausende Menschen im tiefsten Elend ohne Arbeit und Brot um, weil das die Profitinteressen einer Handvoll Finanzmagnaten in der Wallstreet so verlangen. Schon lange gibt es keine Grenze mehr zwischen dem allgewaltigen Finanzkapital, den Ford und Rockefeller, und direkten Verbrecherorganisationen wie der Mafia-Abteilung „Cosa Nostra". Der CIA schließlich beschäftigt sich als Abteilung des Staatsapparates sogar berufsmäßig mit dem Schmieden von Mordplänen. Nicht genug, daß dieses System selbst das Verbrechen in Gestalt ist, propagiert es in Tausenden und Abertausenden Kriminal- und Gangsterfilmen Verbrechen vom Diebstahl über Vergewaltigung bis zu Mord und Totschlag. US-Wissenschaftler haben errechnet, daß ein Kind, wenn es aus der Schule kommt, in den USA bereits durchschnittlich 13 000 Morde im Fernsehen erlebt hat.

Ein solcher Staat sollte plötzlich zum Vorkämpfer gegen die Verbrechen werden, sollte aus diesem Grund die Todesstrafe einführen? Dies dem US-Imperialismus zuzutrauen, hieße, den Bock zum Gärtner zu machen. Nicht zuletzt hat der Watergate-Skandal enthüllt, daß eben die Leute, die, wie z. B. Nixon, die Todesstrafe durchsetzten, selbst Kriminelle sind. Die gefährlichsten Verbrecher laufen in den USA nach wie vor frei herum, und dabei wird es auch bleiben. Sie gehen, werden sie einmal zufällig gefaßt, durch die Hintertüren der Gefängnisse hinaus, wie sie vorn hineingekommen sind. Bestechung, Korruption, Beziehungen zu den höchsten Stellen des Staatsapparates garantieren ihnen die Freiheit, noch bevor sie ihre Verbrechen begangen haben. Die Todesstrafe als angeblich „wirksamstes Mittel" gegen die steigende Zahl von Verbrechen wird hinsichtlich des Gangstertums im wahrsten Sinne des Wortes bedeuten: Die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen.

Die ständig steigende Zahl von Verbrechen, vor allem die ungeheure Zunahme schwerer Gewaltverbrechen, sind Ausdruck der zunehmenden Verkommenheit des imperialistischen Systems in den USA. Sich von dieser drückenden Last zu befreien, kann für die Werktätigen nur eines heißen: das verbrecherische System des Imperialismus selbst durch die proletarische Revolution niederzuschlagen.